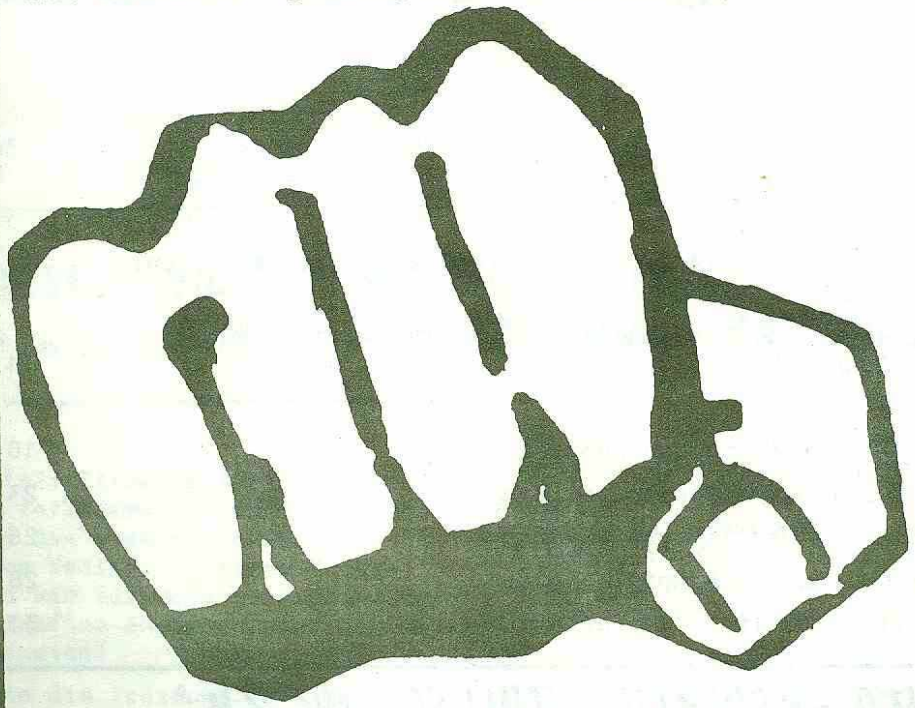
SDS

info 23

HERAUSGEBER: SDS-BV, 6 Ffm, Wilhelm-Hauffstr. 5, 74 o1 o9
SDS-info kostet im Massenversand und Direktverkauf DM 1.-, im Einzelversand DM 1o.- für 3, DM 18.- für 6 Monate. SDS-info erscheint regelmäßig alle 14 Tage montags.



Ab Nr.22 erscheint das SDS-Info regelmäßig alle 14 Tage montags bei einem Umfang von mindestens 32 Seiten.

Der ursprünglich beabsichtigte Abonnementseinheitspreis von DM 5.- für 4, 10.- für 8 und 14.- für 12 Nummern ist jedoch, wie eine nochmalige Kalkulation gezeigt hat, nicht realistisch, und zwar aus zwei Gründen:

1. Die Versandkosten betragen im Einzelversand o.5o DM pro Exemplar. Bei dem ursprünglich beabsichtigten Abonnementseinheitspreis müssten daher die Massenbezieher die Versandkosten für die Einzelbezieher teilweise mittragen (ganz abgesehen davon, daß die Einzelabonnements nur zu 65%, die Exemplare im Massenbezug jedoch zu 8o % auch tatsächlich bezahlt werden.)

2. Bei dem ursprünglich beabsichtigten Einheitspreis würde sich der Schwerpunkt sehr schnell zum Einzelversand hin verschieben; zum einen hätten wir dadurch erheblich höhere Versand- und Verwaltungskosten, zum anderen würde dadurch eine Prämie auf Organisationslosigkeit gezahlt.

Der Preis für den Massenversand und Direktverkauf beträgt weiterhin 1.- DM. Im Einzelabonnement kostet das Info 10.- DM für drei Monate und 18.- DM für ein halbes Jahr, gegen Vorausbezahlung auf das Postscheckkonto Nr. 3166o7 und/oder Dresdner Bank 282 427

Bestellungen an den BV des SDS, 6 Frankfurt/M. Wilhelm -Hauff-Str. 5
Tel.o611/74o1o9

INHALTSANGABE

BV: Zum Hochschulseminar	3
Diskussionsgrundlage für eine Stellungnahme des BV zur Wahl (Fortsetzung aus Nr.22)	3
IHFI und BV: "Die Revolution in Vietnam unterstützen, von der Revolution in Vietnam lernen!"	1o
Organisation und Schulung - Zur Hamburger Schulungsdebatte	14
DOKUMENTATION	
ROTZEG Berlin zu den Konzilswahlen	18
Hamburg: Zur Hochschulpolitik	23
Erlangen: Betriebsprojektgruppe	26
Revolutionärer Kampf im Libanon	28
Oberbaum Berlin: Zum Verlagsunwesen	31

INFO - REDAKTIONSSCHLUSS, NR. 24:
12. NOVEMBER

Das SDS-Bundesseminar zur POLITIK AN DER HOCHSCHULE wird auf den 29./30.November verschoben!

BV

Wir haben im Info 22 auf Seite 14 einen Diskussionsvorschlag für die Vorbereitung des Hochschulseminars, das ursprünglich am 8./9. November stattfinden sollte, veröffentlicht.

Wir hoffen immer noch, zumal fast alle Gruppen vor den Schwierigkeiten stehen, zumindest pragmatische, organisatorische Lösungen für den Zusammenhalt von Hochschularbeit und z.B. Betriebsbasisarbeit zu finden, daß die Gruppen sich zu diesem Hochschulseminar in irgendeiner Weise definieren. Der Diskussionsvorschlag der Münchner Genossen und des BV wirft in einigen Stellen Fragen auf, die in der Vorbereitung des Seminars geklärt werden müssem, um überhaupt einen praktikablen Gliederungsvorschlag erarbeiten zu können.
Zu folgenden Fragen müßten Stellungnahmen der Gruppen erarbeitet werden: Wie wird das Verhältnis von Basisgruppensyndikalismus ("syndikalistische Verkürzung") an der Hochschule und der Notwendigkeit sozialistischer Gesamtpolitik bestimmt?
Wie wird die Funktion des Intellektuellen im Klassenkampf bestimmt in der Entfaltung spezifischer Qualifikationen in der Kritik und Aufhebung der bürgerlichen Wissenschaften auf der einen und den praktischen Aufgaben, die die Intellektuellen in den Kämpfen der Arbeiterklasse zu erfüllen haben?

Wie werden die Septemberstreiks in ihren Auswirkungen auf die Organisation unserer politischen Arbeit innerhalb und außerhalb der Universität bestimmt? Wie wird schließlich daraus folgend die Arbeit an der Hochschule konkretisiert?

Hier muß das Verhältnis der revolutionären studentischen Gruppen zu den Repräsentationsgremien innerhalb der neuen technokratischen Universitätsstruktur bestimmt werden. Es muß bestimmt werden, wie die Arbeit an der Hochschule so organisiert wird, daß sie ihre beiden zentralen Funktionen, Politisierung der Massen der Studenten und Herausbildung intellektueller revolutionärer Kader, erfüllen kann. In diesem Zusammenhang muß über die Funktion eines spezifisch studentischen Syndikalismus diskutiert werden.

Diese Fragen müssen in den Gruppen geklärt werden, es müssen Beiträge dazu geschrieben werden, über die im Info diskutiert werden muß. Dieses Seminar kann nur dann für die Politik Bedeutung gewinnen, wenn sie die Gruppen an seiner Vorbereitung beteiligen.
Um das zu garantieren, haben wir das Seminar noch einmal verschoben: es findet am 29. und 30. November statt. Ort und Zeit werden noch bekanntgegeben.

BV

DISKUSSIONSGRUNDLAGE ZU EINER STELLUNGNAHME DES BV ZUR WAHL 1969 – FORTSETZUNG AUS INFO 22

V.

Die Frage hieß: Stehen materielle gesellschaftliche Veränderungen in der Bundesrepublik und das statistisch faßbare Wahlverhalten Weniger in einem Zusammenhang, den wir bisher nur aufgrund unserer mangelhaften Analysen noch nicht bestimmen konnten?

Agnoli konnte die Prozesse, die materiellen gesellschaftlichen Veränderungen zugrundeliegen könnten, nur so beschreiben:

"Während die Führungsgruppen untereinander sich einen realen Kampf liefern (denn es geht für sie um reale Machtgewinnung), wird den Wählern lediglich die Illusion eines offenen Wettbewerbs mit der ihm eigen sein sollenden Tendenz zur Qualitätssteigerung geboten."

Das Verhältnis zwischen den verschiedenen konfligierenden Kapitalinteressen einerseits und den mit der Herrschaftssicherung betrauten Institutionen andererseits bleibt völlig im Unklaren. Die-

se Unklarheit pflanzt sich undurchschaut bis in die pseudo-marxistische Interpretation des bereits zitierten RPK-Artikels fort:

"Die eine Fraktion um Kiesinger und Strauß tritt dafür ein, den Exportboom voll auszuschöpfen, damit die gestärkte expandierende Exportindustrie die Bedingungen der Kartellisierung innerhalb der EWG und das Ausmaß des Kapitalexports in die südeuropäischen Länder diktieren kann. ... Die andere Fraktion, vertreten durch die SPD, versucht eine antizyklische Wirtschaftspolitik einzuleiten, durch eine Aufwertung der 'DM', d. h. eines vorsichtigen Abbaus der Kapazitäten der Exportindustrie durch die Konkurrenz innerhalb der EWG. ... Gleichzeitig tritt diese Fraktion für einen Ausbau des Osthandels ein..."

Agnolis "realer Kampf der Führungsgruppen um Machtgewinnung" wird hier sogar noch weiter verkürzt. Die Führungsgruppen, von denen bei Agnoli noch unklar war, ob sie reale Kapitalinteressen oder lediglich deren parlamentarischen Ausdruck repräsentieren, stellen sich hier nur noch als Fraktionen dar, die sich auf unterschiedliche Weise bemühen, "dem" Kapital, als "gestärkte expandierende Exportindustrie" identifiziert, zu willfahren. Etwas vereinfacht liegt der einzige Unterschied in der Politik der Fraktionen dann nur noch in der Exportrichtung - hier EWG und "südeuropäische Länder", dort EWG und "Osthandel".

Die Frage stellt sich doch wohl etwas anders: Welche Prozesse laufen innerhalb des Kapitals ab, und wie wirken sie sich auf die jeweilige Regierungspolitik aus, die den - als den "Interessen des deutschen Volkes" deklarierten - verschiedenen Interessen des Kapitals in mehr oder weniger ausgeprägter Kompromißform genügen soll?

In den ersten Jahren der Bundesrepublik entsprach dem "Interesse des detuschen Volkes" eine Politik, die zunächst die kompromißlose Bindung an das westliche Lager, d.h. an die USA durchsetzte und damit über die Weiterexistenz des kapitalistischen Systems in Westdeutschland entschied. Die ideologische Komponente des Antikommunismus mit der ständigen Beschwörung einer Aggressionsgefahr aus dem Osten, verbunden mit einer - dank der weltpolitisch motivierten Kapitalhilfe des Marshall-Plans - günstigen wirtschaftlichen Ausgangsposition, ermöglichte die Abwehr aller - ohnehin nur vagen - antikapitalistischen Bestrebungen und damit die Disziplinierung der Arbeiterschaft, was durch die - von der günstigen Wirtschaftslage angelockte - qualifizierte Reservearmee von Flüchtlingen noch erleichtert wurde. Auch wenn man davon ausgehen kann, daß in dieser ersten Phase der westdeutschen Nachkriegsgeschichte die ideologische und politische Initiative, die in Adenauers Politik ihren Ausdruck fand, von dem traditionellen Machtzentrum der Schwerindustrie ausging, so ist doch nicht zu übersehen, daß diese Politik nur deshalb so erfolgreich sein konnte, weil sie a l l e n gerecht wurde, die in der Weiterexistenz des kapitalistischen Systems ihr Hauptinteresse sahen. Der Sammlungscharakter der CDU/CSU ist nicht anders zu erklären.
Um die Entwicklung der Bundesrepublik in den folgenden Jahren ausreichend genau darstellen zu können, müssen hier einige Aspekte der weltpolitischen Entwicklung herangezogen werden, die für die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik von Bedeutung waren.

Die politische und wirtschaftliche Ausgangsposition Westdeutschlands wurde einerseits bestimmt vom Interesse des westdeutschen Kapitals am Überleben und damit an der Integration in das westliche Lager, zum anderen vom Interesse der USA, im "Kampf der Systeme" in einem geeinten europäischen Block und insbesondere in einer starken Bundesrepublik ein Bollwerk gegen die "kommunistische Gefahr" zu schaffen. Die Vereinigten Staaten, die aus dem Zweiten Weltkrieg als einzige verbleibende imperialistische Weltmacht hervorgegangen waren, sahen folgerichtig zunächst im "Zurückrollen", später - nach der Erkenntnis der Dauerhaftigkeit der Umwälzungen sowohl in Osteuropa als auch in Ostasien (China und Korea) - in der "Eindämmung" des Kommunismus die zur Sicherung ihres imperialistischen Anspruchs notwendige Aufgabe. Auf die Verwertungszusammenhänge, die diesem imperialistischen Anspruch zugrundeliegen, kann hier nicht eingegangen werden; es genügt, daß sich die Vereinigten Staaten gezwungen sahen, den westeuropäischen Ländern wirtschaft-

liche Hilfe zu leisten und ihnen dadurch den Wiedereintritt in die kapitalistische und imperialistische Konkurrenz zu erleichtern beziehungsweise zu ermöglichen.

Im Falle Großbritanniens und Frankreichs hat sich dies als relativ unproblematisch erwiesen; beide Länder waren durch ihren überkommenen Kolonialbesitz zweifach behindert. Wenn Großbritannien seinen Kolonialbesitz mit Erfolg formal liquidieren konnte und sich dadurch den wirtschaftlichen Einfluß auf diese Gebiete zu bewahren schien, so schnitt es sich doch durch die Rücksichtnahme auf diese Verflechtungen vom ständig wichtiger werdenden kleineuropäischen Markt ab und mußte gleichwohl das wachsende Engagement der USA in traditionell britischen Einflußsphären (insbesondere Indien) hinnehmen; wenn Frankreich die ihm von den USA gebotene - langfristig interessantere - Rolle in der EWG wahrnahm, mußte es doch die Kraft der Befreiungsbewegungen der Dritten Welt anerkennen und seine Interessen entweder an die USA abtreten (Vietnam) oder schlicht kapitulieren (Algerien).

Die Bundesrepublik jedoch mußte sich weder mit den Konsequenzen des Kolonialbesitzes auseinandersetzen, noch hatte sie politische Bindungen als Resultat traditioneller wirtschaftlicher Verflechtungen zu berücksichtigen. Das heißt: das Absatzmärkte suchende westdeutsche Kapital unterlag keinerlei Zwang, bestehende Beziehungen militärisch zu verteidigen oder in einem Maße zu berücksichtigen, daß es dadurch behindert worden wäre. Unbelastet von jeder Hypothek konnte es - frei, wie der Vogel fliegt - überall dort tätig werden, wo ihm der amerikanische Imperialismus als Erbe des britischen und französischen Imperialismus voranschritt. Es stieß lediglich auf diejenigen Schranken, die einerseits aus der politisch weiterhin ausschlaggebenden Bindung an die USA erwuchsen (Röhrenembargo), und die sich zum anderen aus den in der Bundesrepublik selbst vorliegenden Bedingungen für einen erfolgreichen Konkurrenzkampf ableiten.

Diese Bedingungen sind unter verschiedenen Aspekten zu betrachten. Hing die Weiterexistenz des kapitalistischen Systems in Westdeutschland auch von der einhelligen ideologischen und politischen Unterstützung a l l e r westdeutschen Kapitalinteressen ab, so war doch in den besonderen Bedingungen, die den Ausschlag für diese Weiterexistenz gaben, bereits die Richtung angelegt, in die sich das Machtverhältnis innerhalb des westdeutschen Kapitals entwickelte.

Von besonderem Interesse ist hier die Entwicklung der Bemühungen um ein "vereintes Europa". Waren die - am französischen Widerstand gescheiterten - Pläne zu einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) noch eindeutig aus dem politischen Zwang entstanden, im "Kampf der Systeme" einen politisch geeinten, antikommunistischen europäischen Block zu schaffen - also zur Sicherung des westdeutschen Kapitalismus in seiner Gesamtheit -, so verdient der Übergang zur wirtschaftlichen Variante EWG eine genauere Untersuchung. Hier dürften zum ersten Male die Interessen des nunmehr potentesten Teils der westdeutschen Kapitalistenklasse in den Vordergrund getreten sein, nämlich die der exportabhängigen und expandierenden, d.h. auch im Konzentrationsprozeß nach vorn stoßenden Industrie, die in der Folgezeit in immer stärkerem Maße die Politik der Regierung bestimmt und nicht mit dem traditionellen Machtzentrum Schwerindustrie identifiziert werden darf.

Die ständig steigende Bedeutung des Exports für die gesamte wirtschaftliche Existenz der Bundesrepublik (eine Bedeutung, die in keinem anderen Land so groß sein dürfte) erzwang eine immer stärkere Berücksichtigung der Exportinteressen gegenüber allen anderen Wirtschaftsbereichen, die gezwungen wurden, sich in den von den Exportinteressen vorgegebenen Rahmen einzufügen oder unterzugehen. Musterbeispiele sind hier die Textilindustrie und die Landwirtschaft; behaupten konnten sich hier nur die Betriebe, die sich dem Zwang zur Konzentration und Spezialisierung zumindest ansatzweise beugten. Selbstverständlich handelt es sich hier nicht um einen linearen Prozeß; der Einfluß der großen Masse der Betriebe dieser Bereiche mußte berücksichtigt werden, wurde jedoch gleichwohl sowohl politisch als auch ideologisch immer weiter zurückgedrängt. Es dürfte interessant sein, an der Entwicklung der Subventionspolitik aufzuzeigen, wie sich die Behandlung dieser Kapitalinteressen veränderte: von ihrer Berücksichtigung als politische Kraft, die Kompromisse er-

zwingen kann, zu ihrer bloßen Beschwichtigung durch Subventionen und almosenhafte Vergünstigungen, die lediglich den Punkt vorbereiten, an dem Teile dieser Bereiche in so entscheidendem Maße in den Prozeß monopolistischer Produktion hineingerissen worden sind (auch durch direktes Eindringen von Konzernen anderer Branchen im Zuge der Diversifikation), an dem sie also in ihrem Bereich eine so entscheidende Bedeutung erlangt haben, daß der konkurrenzunfähig Rest ohne großes Federlesen dem Untergang preisgegeben werden kann.
Der Prozeß des Aufstiegs der Exportinteressen stieß gleichwohl an Schranken, zunächst einmal ideologischer Art. Dies läßt sich an einigen Beispielen verdeutlichen.

Die Ideologie des Antikommunismus, für die Weiterexistenz des kapitalistischen Systems in Westdeutschland ein konstituierender Faktor, mußte gleichwohl zu einem Hindernis werden, sobald der Osthandelt für die Suche nach Absatzmärkten relevant wurde. 1956 wurde eine Delegation westdeutscher Wirtschaftsführer, die zur Anbahnung von Wirtschaftsgesprächen auf eigene Faust nach Moskau gefahren war, von Adenauer noch mit Erfolg zurückgepfiffen; in der Folgezeit wurden die immer intensiveren Kontakte mit dem sozialistischen Lager keinesfalls mehr gleichermaßen geahndet.

Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich im Verhältnis zu den arabischen Ländern. Die Ideologie der Wiedergutmachung und des Philosemitismus war für die Restauration des kapitalistischen Systems in seiner Gesamtheit eine Lebensnotwendigkeit; sie bildete gegenüber den Erinnerungen an das Bündnis zwischen Großindsutrie und Hitler das entscheidende Unterscheidungsmerkmal gegenüber dem Nationalsozialismus - entscheidend, weil von ökonomischen Aspekten unbefleckt. Die "Bewältigung der Vergangenheit" konnte so, moralisch gefaßt, ihrer politisch-ökonomischen Konsequenzen für die Bundesrepublik entkleidet und gleichwohl zur Beschwichtigung der mißtrauischen Öffentlichkeit des Auslandes eingesetzt werden. Unter diesem Aspekt wird der ungeheuerliche Eiertanz interessant, mit dem die Bundesrepublik die Schwierigkeit bewältigte, einerseits der ideologischen Notwendigkeit - Freundschaft mit dem Staat Israel - und gleichzeitig dem steigenden Interesse der exportabhängigen und expandierenden Industrie am Absatzmarkt Nahost gerecht zu werden.

Diese Konflikte zwischen den Absatzbedürfnissen des entscheidenden Teils der westdeutschen Industrie und den Ideologien, die die Restauration des gesamten kapitalistischen Systems in Westdeutschland begleitet und abgesichert haben, wurden zwar in aller Stille ausgetragen und gelöst und führten niemals dazu, daß diese Ideologien generell infrage gestellt worden wären; dazu waren sowohl diese Ideologien gesamtgesellschaftlich zu bedeutungsvoll als auch die Anlässe nicht wichtig genug. Diese Konflikte beschreiben jedoch den Rahmen, in dem die Ausgangsposition der Bundesrepublik zunehmend zur Fessel für die Expansions- und Exportbedürfnisse des entscheidenden Teils der westdeutschen Industrie wurde.

Wichtiger sind die materiellen Schranken, die in der Ausgangsposition der Bundesrepublik für die kapitalistischen und imperialistischen Konkurrenzkämpfe begründet lagen. Gemessen an ihrem Hauptkonkurrenten USA war die Bundesrepublik aufgrund ihrer überkommenen Infrastruktur auf die Notwendigkeiten monopolistischer Produktion in geradezu lächerlicher Weise unvorbereitet. Angefangen bei der Organisation der Produktion auf unterster Ebene - im Betrieb, am Arbeitsplatz - bis hin zur gesamten Organisation der Ausbildung mit ihren verheerenden Konsequenzen für die Qualifikationsstruktur war die westdeutsche Wirtschaft gegenüber ihren wichtigsten Konkurrenten in einer relativ schlechteren Position. Diese schlechtere Position konnte kompensiert werden durch die politisch bestimmten Ausnahmebedingungen, die die Geburt der Bundesrepublik begleiteten. Im selben Maße jedoch, in dem diese Bedingungen ihren Ausnahmecharakter verloren, im selben Maße, in dem entscheidende Teile der westdeutschen Industrie zu Formen monopolistischer Produktion gezwungen wurden, in eben demselben Maße wurde der Nachteil der relativ schlechteren Position durch die notwendigen Konsequenzen monopolistischer Produktion potenziert. Altvater weist in einer Fußnote zur Einleitung der "Weltwährungskrise" darauf hin:

"Waren werden für den Markt produziert, und zwar nur dann, wenn sie auch verkauft werden können. Die Bedingungen der Warenproduktion und die Realisierung des in ihnen steckenden Wertes werden dabei nicht voll kalkuliert. Hinter dem gleißenden Schein der Warenfülle verbirgt sich nämlich, daß die Produktion Kosten

für Gesellschaft und Individuum verursacht, die gar nicht auf dem Markt bewertet und erstattet werden..."
Das hier beschriebene Phänomen ist kein spezifisches Merkmal monopolistischer Produktion. (Der Begriff "monopolistische Produktion" ist als Hilfskonstruktion zu verstehen. Er soll lediglich diejenigen Produktions- und Zirkulationsbedingungen kennzeichnen, die den fortgeschrittensten Teilen des Kapitals aufgezwungen werden und tendenziell, bei Strafe des Untergangs, zur Richtschnur für alle kapitalistische Produktion werden müssen). Daß das kapitalistische System alle Erscheinungsformen des Lebens auf ihren Warencharakter reduzieren muß, ist keine Neuigkeit. Neu ist jedoch Ausmaß und Intensität dieses Prozesses.

So wie ganze Wirtschaftsbereiche, wie etwa die Landwirtschaft, in den Prozeß der monopolistischen Produktion hineingerissen und entweder zu Industrialisierung und Spezialisierung gezwungen oder aber zum Untergang verurteilt werden, so muß die monopolistische Produktion auch immer größere Lebensbereiche des Individuums in diesen Prozeß hineinreißen, sei es aus dem Zwang, die Produktionsbedingungen zu revolutionieren (Frauenarbeit, Pendler, Wasser- und Luftverschmutzung etc.), sei es aus dem Zwang, den geschaffenen Mehrwert zu realisieren (Bedürfnismanipulation als Beispiel).

Gerade an diesen Phänomenen erweist sich jedoch eine - zur Zeit - grundsätzliche Schwierigkeit unserer Analysen. Bisher haben wir die Erscheinungsformen des kapitalistischen Systems, soweit sie sich direkt auf das Individuum auswirkten, vorwiegend als Verdinglichungen kritisiert, bestenfalls als direkte Konsequenz der Entwicklung zum autoritären Notstandsstaat. Dem Schein der Verdinglichung sind wir selbst aufgesessen, indem wir den Schein als real behandelten. Die bloße Erkenntnis dieses Mißverständnisses hat uns jedoch nicht in den Stand gesetzt, die diesem Schein zugrundeliegenden Prozesse exakt zu interpretieren.

Die notwendige Hinwendung zur politischen Ökonomie muß zum plumpsten Ökonomismus und damit zur Reproduktion der gerade erst erkannten syndikalistischen Gefahren führen, wenn der Vorläufigkeitscharakter unserer ökonomischen Kategorien und Interpretationen nicht erkannt und offen eingestanden werden. Dies ist die Gefahr, die hermetischen und den Anspruch auf Gültigkeit erhebenden Interpretationen wie der des bereits zitierten RPK-Artikels zu eigen ist.

Der Versuch zur politisch-ökonomischen Interpretation, in den sofort wieder - etwa in der mechanistischen Trennung von Produktions- und Konsumtionssphäre oder in der Verwechslung des Grundwiderspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital mit dem Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Einzelkapitalist - Verengungen und Verkürzungen eingehen, kann nicht all jene Dimensionen miteinbeziehen, die allein uns erst zu einem Bewußtsein gesellschaftlicher Totalität verhelfen können. Wir werden uns daher neben der unbedingt notwendigen Hinwendung zur politischen Ökonomie auch weiterhin - aber auf andere Weise als bisher - mit den Ideologien beschäftigen müssen, mit denen die Herrschenden versuchen, den Zusammenhang zwischen subjektiv erfahrenen Depravierungen und den im Kapitalismus begründeten Ursachen zu verschleiern; genauer: mit den Ideologien, in denen sich die Veränderung der Bedingungen kapitalistischer Produktion wiederspiegelt.

VI.

In der Münchener Analyse des Huber-Plans (SDS-info 18) wird folgende Kritik an unserer bisherigen Einschätzung der technokratischen Hochschulreform vorgetragen:

"Kritische Analysen der Bildungsplanung in der Bundesrepublik haben bisher vor allem die Arbeit dieser Gremien (Wissenschaftsrat etc., M.B.), die zwar formal paritätisch von Wissenschaftlern und Vertretern der Wirtschaftsoligarchie besetzt waren, tatsächlich aber das Interesse der Großindustrie vertraten, zum Inhalt ihrer Kritik gemacht und daraus die Intentionen kapitalistischer Bildungsplanung abgelesen. Übersehen wurde dabei, daß gerade auf den unterentwickelten Sektoren, wie z.B. dem Bereich der Bildung, die Ungleichzeitigkeit einzelner Teile der kapitalistischen Wirtschaft sehr deutlich zum Ausdruck kamen, und die Vorschläge des Wissenschaftsrates nur ein Aspekt der noch nicht vereinheitlichten Bildungsplanung ist. Die Mitglieder des Wissenschaftsrates gehören fast ausschließlich den Vorständen der wenigen westdeutschen Mammutkonzerne wie der BASF an. Für die, gemessen an der ge-

samten Wirtschaft der BRD, bereits weit auf den Monopolkapitalismus fortentwickelte Struktur dieser Großbetriebe besteht tatsächlich ein Zwang zu erweiterter Bildungsreproduktion. Für andere wirtschaftliche Bereiche stellt sich dieses Problem bis jetzt nicht in diesem starken Maß: Dort genügt noch die unvollkommene Effizienzsteigerung allein durch erhöhten Leistungsdruck ohne Veränderung der Produktivkräfte."

Dies wird im Folgenden belegt mit Zitaten aus einem Sonderheft des "Arbeitgeber", das die Ansprüche der Wirtschaft an Hochschulabsolventen artikuliert, und aus denen sich ableiten läßt, daß die Wirtschaft die Universität als die Instanz betrachtet, in der die "Härte der Praxis" eingeübt werden soll, als bloßes Disziplinierungsfeld.

So richtig es ist, daß der Huber-Plan diesen Erwartungen exakt entspricht, so falsch ist es, die verschiedenen Hochschulreformpläne nur als Ausdruck der "Ungleichzeitigkeit" zu verstehen. Es handelt sich nicht um "ungleichzeitige", d.h. pluralistisch nebeneinander bestehende Kapitalinteressen; es handelt sich vielmehr um einen Prozeß, in dem die fortgeschrittensten Teile des Kapitals dem Gesamtkapital unter ständigen Konflikten und Widersprüchen diejenigen Produktionsbedingungen aufzwingen, die durch die Veränderung der Bedingungen kapitalistischer Produktion notwendig geworden sind. Das heißt aber auch, daß die Veränderung der Produktionsbedingungen die inhaltliche Veränderung der Verschleierungsideologien erzwingt; und eben hier liegt die Unfähigkeit einer Sammlungspartei wie der CDU/CSU begründet, trotz subjektiv bestem Willen den Notwendigkeiten monopolistischer Produktion zu entsprechen.

Die iedologischen Notwendigkeiten monopolistischer Produktion lassen sich behelfsweise als "Modernitäts-Syndrom" kennzeichnen; ein konkretes Beispiel hierfür liefert etwa die Organisation der Produktion auf Betriebsebene:
Die Notwendigkeit, die Qualifikationsstruktur zu verbessern und dieser Verbesserung entsprechend dem einzelnen Individuum einen größeren Spielraum zu selbständiger Tätigkeit einzuräumen, bringt auch die Notwendigkeit mit sich, der Gefahr entgegenzuwirken, daß die selbständig arbeitenden Individuen ein entsprechendes Bewußtsein entwikkeln; der größere Spielraum muß rechtzeitig durch ideologische Schranken eingezäunt und abgesichert werden.

Diese Notwendigkeiten äußern sich als langfristige Tendenz; sie ändern nichts daran, daß jeder Einzelkapitalist unter dem Zwang zur Produktivitätssteigerung so lange als nur möglich auf das Mittel des verschärften Arbeitsdrucks und der verschärften Disziplin zurückgreift. Aber in eben dem Maße, in dem die Erkenntnis dieses direkten Arbeitsdrucks in das Bewußtsein der arbeitenden Individuen eindringt und sie zu kollektiven Reaktionen provoziert, werden diese Notwendigkeiten, die bisher nur von wenigen Kapitalisten antizipiert werden, materiell.

Zur Erkenntnis und vor allem zur praktischen Durchsetzung dieser Notwendigkeiten sind aber mindestens Teile der CDU/CSU-Führung nicht in der Lage. Huber und die CSU,mit Strauß an der Spitze, sind sicherlich besten Willens, den Konzernen zu willfahren; aber die "Modernität", die auch dem Huber-Plan zugeschrieben wurde, ist schlicht - außer für Bayern - nicht modern genug. Strauß persönlich erkennt die Notwendigkeiten monopolistischer Produktion vermutlich recht genau; solange er jedoch von der Unterstützung durch eine Partei abhängt, die sich ihrerseits nicht aus der ideologischen Bindung an zurückgebliebene Kapitalinteressen zu lösen vermag, ist er als Vertreter der fortgeschrittensten Teile des Kapitals nur in Grenzen zu verwenden.

Mehr oder weniger gilt dies für die gesamte CDU/CSU. Ihr Sammlungscharakter befähigte sie, die Weiterexistenz des kapitalistischen Systems in Westdeutschland politisch und ideologisch abzusichern; aber gerade, weil sie dies im Namen aller dem Kapitalismus verpflichteter Interessen tat, ist sie zumindest vorläufig nicht in der Lage, den idkeologischen Notwendigkeiten zu entsprechen, die sich aus den Interessen des fortgeschrittensten Teils des Kapitals ableiten.

Diesen Notwendigkeiten kommt jedoch die im Wahlkampf zum Ausdruck gekommene Ideologie der SPD und vor allem der FDP langfristig entgegen. Gegenüber der plumpen Beschwörung der Kalte-Kriegs-Atmosphäre durch die CDU/CSU zeigen die Beschwörung eines "modernen" Deutschland und vor allem der überaus geschickte Appell der FDP an das Selbstbewußtsein sich als mündig begreifender Wähler ("Sie können

Deutschland verändern"), wo langfristig die Interessen der fortgeschrittensten Teile des Kapitals am besten vertreten werden, vor allem auch angesichts der Notwendigkeit, das durch die Studentenrevolte ziellos in Bewegung geratene Bewußtsein breiter Bevölkerungsschichten rechtzeitig auf eine neue Loyalität zu fixieren: an die Stelle einer unbefragten, verfestigten Loyalität gegenüber dem kapitalistischen System Westdeutschlands als der Antithese zum Kommunismus muß eine Loyalität treten, die sich der Reformbedürftigkeit dieses Systems bewußt ist und sich gleichwohl den Rahmen dieser Reformen jederzeit von den Notwendigkeiten monopolistischer Produktion aufzwingen läßt.

VII.

Wie sind die im Ansatz beschreibenen Widersprüche zwischen den verschiedenen Teilen des westdeutschen Kapitals langfristig einzuschätzen?

In dem mittlerweile sattsam bekannten RPK-Artikel heißt es hierzu:

"... die Schärfe der ökonomischen Krise und das Ausmaß der Klassenkämpfe führt diese beiden Fraktionen ("die Fraktion um Kiesinger und Strauß" und "die andere Fraktion, vertreten durch die SPD", M.B.) schnell zusammen."

Was soll das eigentlich heißen? Wird die "Schärfe der ökonomischen Krise und das Ausmaß der Klassenkämpfe" langfristig - Prognosen à la "schnell" wollen wir uns schenken - wieder eine große Koalition erzwingen - in welcher konkreten Form auch immer? Von welcher "ökonomischen Krise" ist hier eigentlich die Rede, und von welchen "Klassenkämpfen"? Dieses Geschwätz macht uns nicht satt.

Daß sich die Widersprüche zwischen den fortgeschrittenen und den zurückgebliebenen Teilen des westdeutschen Kapitals in den letzten zehn Jahren ungehindert und in relativ reiner Form entfalten konnten, ist auf das Fehlen einer auch nur revisionistischen Arbeiterbewegung zurückzuführen. Der "Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital" ist niemals in organisierter Form aktuell geworden. In dieser Situation ist der Widerspruch zwischen den fortgeschrittenen und den zurückgebliebenen Kapitalinteressen sicherlich kein antagonistischer Widerspruch, und meinetwegen ist er auch nur "temporär" - das ändert aber nichts daran, daß er auf absehbare Zeit der für die Entwicklung der Bundesrepublik entscheidende Widerspruch ist und entsprechend untersucht und eingeschätzt werden muß.

Über die tatsächlichen Machtverhältnisse innerhalb des Kapitals und über das Bewußtsein der verschiedenen Teile des westdeutschen Kapitals wissen wir sehr wenig. Von diesen Machtverhältnissen wird aber abhängen, ob sich die objektive Vertretung der fortgeschrittensten Kapitalinteressen durch die neue Regierung zu einem Bündnis entwickeln wird, das von beiden Seiten bewußt aufrechterhalten wird. Das heißt: sind die fortgeschrittensten Teile des westdeutschen Kapitals bereits stark genug, erstens sich ihrer eigenen Interessen kollektiv bewußt zu werden und die objektive Rolle der neuen Regierung realistisch einzuschätzen, zweitens die zurückgebliebenen Teile des westdeutschen Kapitals zu beschwichtigen oder im Zaum zu halten? Das heißt weiter: ist die neue Regierung fähig, sich die Loyalität aller "fortschrittlichen und demokratischen Kräfte" zu erhalten, indem sie ihrem vagen "Modernisierungsverlangen" nachkommt, und gleichzeitig alle Reformen in den Rahmen der Notwendigkeiten monopolistischer Produktion zu stellen?

Die Funktion der FDP wird hier besondere Beachtung verdienen; wie sie die gewerkschaftlichen Mitbestimmungsforderungen gegen nur nominellen Widerspruch der SPD integrieren und auf den Begriff "Mitverantwortung" und "Investivlohn" (d.h. materielle und iedologische Bindung des arbeitenden Individuums an den Einzelbetrieb) bringen konnte, gibt über diese Funktion einigen Aufschluß.

Inwieweit die verschiedenen Teile des westdeutschen Kapitals gezwungen sein werden, ihre Widersprüche angesichts der eventuellen Aktualisierung des Grundwiderspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital in einer neuen Ideologie und Praxis zur Vertretung der Interessen des gesamten Kapitals auf einer höheren Ebene aufzuheben, hängt in der Tat von uns ab: ob es uns nämlich gelingt, diesen Grundwiderspruch zu aktualisieren, und zwar nicht nur, wie bisher unvermeidlich, in seiner Ausprägung als Widerspruch zwischen Lohnarbeitern und Einzelkapitalisten.

Meino Büning

FÜHRT DIE KAMPAGNE:
"DIE REVOLUTION IN VIETNAM UNTERSTÜTZEN, VON DER REVOLUTION IN VIETNAM LERNEN"

ARBEITSGRUPPE VIETNAM IM INFI-BERLIN & BV

Spätestens nach dem 15. Oktober an dem im Hauptland des Imperialismus die bislang grösste Mobilisierung breiter Volksmassen für die Beendigung der US-Aggression in Vietnamstattfand, sehen wir uns mit der Problematik unserer Politik konfrontiert, der die internationalistische Ausrichtung verlorengegangen zu sein scheint. Die Studenten, Schüler und jungen Arbeiter der Bundesrepublik und Westberlins, die seit 1966 die führende Kraft der anti-imperialistischen Bewegung und der Unterstützung der Revolution in Vietnam in Europa darstellten, haben sich als einzige nicht an der weltweiten Bewegung zur Beendigung des Krieges in Vietnam nicht beteiligt. Diese Tatsache lässt sich nicht allein auf die Organisationsschwierigkeiten beim Eintritt in eine neue Phase der Politik erklären. Vielmehr muss muss die Eröffnung der Kampagne "Die Revolution in Vietnam unterstützen, von der Revolution in Vietnam lernen" verbunden sein mit einer Selbstkritik der bis heute geleisteten internationalistischen Arbeit.

Beginnen wir zu bestimmen, welche Ziele die jetzt notwendige Vietnam-kampagne erreichen muss, dann können wir zugleich sehen, welcher Versäumnisse wir uns in den vergangenen Monaten schuldig gemacht haben.

1. Die Kampagne muss die v o l l s t ä n d i g e S o l i d a r i t ä t des gesamten revolutionärenLagers mit der Revolution in Vietnam zum Ausdruck bringen. Die Erfahrung der Bewegung gegen die US-Aggression in Vietnam, dass Solidaritätsaktionen in den kapitalistischen Ländern die Moral und den Kampfes willen der revolutionärenMassen in Vietnam erhöhen helfen, darf keinesfalls vergessen werden. Die parolen müssen unterstreichen, dass der Frieden in Vietnam keineswegs durch ein Arrangement mit dem US-Imperialismus oder durch ein Übereinkommen zwischen Sowjet-Revisionisten und US.- Imperialisten erreicht wird, sondern nur durch den vollständigen sieg der Revolution und durch den grossen Sieg im Volkskrieg. Allein diese Parolen stellen eine wirksame Unterstützung für die revolutionären, anti-imperialistischen und anti-revisiomistischen Kräfte des vietnamesischen Volkes dar.

Eine Analyse unserer zurückliegenden Solidaritätsaktionen für den Befreiungskampf des vietnamesischen Vlkes und den Kampf andere Befreiungsbewegungen muss in diesem Zusammenhang unbedingt geleistet werden, denn si erklärt die mangelnde inetrnationalistische Ausrichtung der Politik der Linken in der Bundesrepublick und Westberlin. Denunziatorische Hinweise darauf, es habe sich um den moralischen Protest "kleinbürgerlicher Intellektueller" gehandelt, tragen wenig zum genauen Verständniss dieser Bewegung bei, wenn es einerseits richtig ist, den Mangel diese Bewegung kleinbürgerlicher Intellektueller darin zu sehen, dass sie nur "Protest" gegen die "Verbrechen" des imperialistischen Systems einerseits, nur "Identifikation" mit dem Kampf der Armen und unterdrückten Völker" andererseits waren, so darf nicht hinweggeleugnet werden, dass aus dieser Bewegung die Einsicht hervörging, dass eer direkte Kampf gegen den Staatsapparat geführt weden müsse, und weiter, dass diese Bewegung Kampfformen entwickelte, mit denen schwerlich die Fehler der deutschen revolutionären Bewegung (soweit die bürokratische Form des Parteiaufbaus und die revisionistischePolitik der Komintern gemeint sind) wiederholt werden können. Richtig ist allerdings, dass Putschismus und "linker" Opportunismus solange eine Gefahr darstellen werden, als nicht frühere falsche Positionen aufgegeben und die Srategie der Bewegung nicht auf der Grundlage einer genauen Klassen analyse und einer einheitlichen Ideologie bestimmt werden. Eine dieser frühen falschen Positionen ist diejenige, welche die Existenz nur eines Hauptwiderspruchs in der gegenwärtigenEpoche wahrnahm, den zwische Imperialismus einerseits und "armen, unterdrückten Völkern" andererseits. In der Formel der richtigen "Bündnisses" der "wirklichen Armut" mit der "richtigen Einsicht" (der Intellektuellen

in den Metropolen) hat dies den Klassenkampf des Proletariats in den kapitalistischen Länd dern geleugnet und dazu geführt,dass sich die Intellektuellen einseitig als Intellektuelle als "Agenten"der sog.3.Welt sahen.Die daraus abgeleitete Bestimmung,die Intellektuellen sollten (sich als privilegierte Schicht der bürgerlichen Gesellschaft,als Intelligenz erhaltend)lange Zeit zweierlei:einmal ein genaues Studium der Methoden,der Taktik,der Bündnisspolitik,der Erstelling einer Klassenanalyse,der Organisation usw. der revolutionären Befreiungsbewegungen,zum anderen di e Anasyse der Klassen in der eigene Gesellschaft, die Bestimmung einer revolutionären Strategie im nationalen und internationalen Masstab. Obwohl die praktische Auseinandersetzung mit dem Staatsapparatdazu geführt hat,einige falsche Anschaungen zu berichtigen (Springer Kampagne),sind dennoch vielerorts wirre Vorstellungen über den nationalen und internationalen Klassenkampf vorhanden,die auf die linksbürgerliche "kritische Theorie" zurückgehen (Kritik des Stalinismus,des Staatssozialismus u d sogenannte Staatstheorien àla Offe und Konsorten) und die energisch bekämpft werden müssen.Deshalb sagen wir:

2. Die Kampagne muss die Selbstkritik unserer Internationalismus-Arbeit verbinden mit einem genauen Studium des internationalen Klassenkampfes.Der Fehler,der darin bestand,dass man den kleinbürgerlichen Intellektuellen eine globale Identifizierung mit den revolutionären Befreiungsbewegungen dadurch erlaubte,dass man auf eine Klassenanalyse verzichtete,das Proletariat der kapitalistischen Lä Länder aus der Bewegung ausklammerte,der Diskussion der Rolle der Intelligenz im Klassen-Kampf und der Aufhebung der Intelligenz als privilegierter Schicht innerhalb der bürgerl chen Gesellschaft auswich und die Frage nach der Schaffung einer revolutionären Organisation des Proletariates verdrängte,darf keinesfalls wi wiederholt werden.Das Studium und die Propagie rung des internationalen Klassenkampfes umfasst: die Analyse aller revolutionäre Befreiungsbewegungen in Asien,Afrika und Lateinamerika unter der Parole "den internationalen Klassenkampf unterstützen,vom internationalen Klassenkampf lernen";dazu gehört die aktive Propagierung der Ziele der Befreiungsbewegungen und der revolutionären Bewegungen Organisationen des Proletariats in den kapitalistischen Ländern ebenso wie die genaueste Untersuchung ihrer Methoden bei der Erstellung einer Klassenanalyse,ihrer Bündnisspolitik,ihrer Organisation,ihres Arbeitsstils etc.Nur wenn diese Arbeit gut geleistet wird,bildet sie eine Voraussetzung für eine internationalistische Ausrichtung unserer Politik,d.h. von Kampagnen Solidaritäts-Demonstrationen und -Aktionen,gemeinsamen Aktionen und anderen,gegenseitigen Unterstützung massnahmen.Für die gegenwärtige Kampagne heisst

dies,dass nicht nur über den Stand der Volkskriege in Asien,Afrika und Lateimamerika berichtet wird,sondern auch darüber,wie die revolutionären Gruppen und Organisationen in den USA ihre Politik auf die sich verschärfenden inneren Widersprüche des US-imperialistischen Systems einstellen,wie der US-Staatsapparat auf die Aktionen der amerikanischen Revolutionäre reagiert,und,welche Auswirkungen des US-Imperialismus auf die übrige kapitalistiche Welt haben wird.

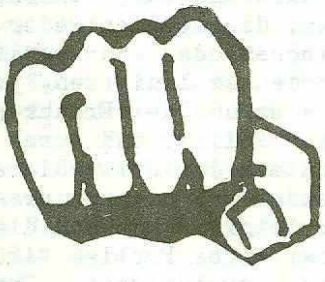
Der "Internationalismus" der Stzdentenbewegung, der im moralischen Protest kleinbürgerlicher Intellektueller gegen das kapitalistische System und in der globalen Identifikation mit den Befreiungsbewegungen bestand,musste in dem Augenblick sein Ende finden,als an die Stelle des Subjektes "arme Völker" unvermittelt das revolutionäre Subjekt "die Arbeiterklasse" gesetzt wurde.Auf diese Weise schien der Fehler,die Existenz nur eines Hauptwiderspruches anzuerkennen (den zwischen "armen Völkern" und "Imperialismus"),korrigiert;dass dies eine falsche Korrektur eines Fehlers war,zeigte die neue Praxis:als "die Arbeiter" von den Intellektuellen zu ihren Verbündeten ernannt wurden, begingen sie den Fehler,die Arbeiterklasse dadurch rekonstruieren zu wollen,indem sie entweder die Arbeiterklasse ökonomistisch definierten und eine Politik der ökonomischen Forderungen betrieben mit der Absicht,diese zu "politisieren",oder aber indem sie ein "proletarisches Gegenmilieu" zu schaffen versuchten.Innerhalbeiner solchen Politik,welche das historische und politische Bewusstsein der Arbeiter unterschlug,konnte naturgemäss auch der proletarische Internationalismus keine andere Dimension gewinnen ,als allenfalls in dem Versuch,die Arbeiter über den"internationalen Ausbeutungszusammenhang des Kapitals" auzuklären.dass diese Auklärung ebensowenig nützt wie die über die Unterdrückungssituation im Betrieb,wenn sie nicht gleichzeitig verbunden ist mit erfolgreichen Aktionen zu ihrer Aufhebung,ist inzwischen immer deutlicher geworden.Es wäre deshalb falsch,zu sagen,dass die Solidarität mit den kämpfen den Massen Vietnam den Arbeitern nicht zu "vermitteln" sei;dies ist vielmehr ein studentisches Problem.Zu fragen ist vielmehr, wie das resignierte Bewusstsein der Arbeiter in dem sehr wohl der Begriff des proletarischen Internationalismus enthalten ist, durch eine richtige Agitation und Propaganda an diesem Punkte aufzubrechen wäre.

Dass Ansätze hierzu vorliegen,ist nicht zu leugnen:die Erfahrung zeigt,dass immer mehr Arbeiter und Lehrlinge sich an den internationalistischen Aktionen beteiligen,und dass der Anteil der Arbeiter und Lehrlinge,die sich durch Militanz bei diesen Aktionen ausgezeichnet haben,stetig gewachsen ist.Darum müssen wir uns zunächst darum

bemühen, festzustellen, auf grund welcher Faktoren das Bewusstsein vieler Arbeiter an dieser Stelle aufbricht und zu einer Praxis internationalistischer Solidarität führt, die nicht länger übersehen werden darf. (Die westberliner Springer-Presse nimmt auf diese Tendenz in der Weise Rücksicht, als sie die Revolutionäre mit Sympatie bedenkt - wenn sie tot sind. Che guevara und HoChi Minh.) um diese Aufgabe zu erfüllen, ist wichtig

3. Die Kampagne muss gezielt in die Betriebe getragen werden. D.h.: anhand von Analysen über die Berichterstattung der Springerzeitungen kann gezeigt werden, was die Sprinder-Presse und der Staatsapparat befürchten, wenn sie über den Vietnamkrieg berichten, weshalb die Berichterstattung Lob der toten Revolutionäre und Einschüchterung der Arbeiterklasse umfasst. In den Flugblättern muss das propagandistisch ausgeweitet werden, wovor sich Springer-Presse und Staatsapparat fürchten, und worüber sie nur in Andeutungen berichten: die Erfolge der Befreiungsbewegung und der Revolution in ihrem Kampf gegen das international organisierte Kapital, die Methoden des Kampfes gegen die Ausbeuter und Unterdrücker

das ungebrochene revolutionäre Bewusstsein der vietnamesischen Volksmassen. Zugleich muss die Erinnerung an erfolgreiche internationalistische Aktionen des Proletariats und (an) der erfolgreiche nationale Aktionen der Arbeiterklasse geweckt werden. Den Arbeitern muss genau erklärt werden, wie sich der Klassenkampf international entwickelt.



trikont verlagskooperative

8 München 80
Josephsburgstraße 16

Charles Bettelheim, Hélène Marchisio, Jacques Charrière

Der Aufbau des Sozialismus in China

Diese wissenschaftliche Analyse zur wirtschaftlichen Struktur des Neuen China hat vor der Großen Proletarischen Kulturrevolution ihren Abschluß gefunden. Es handelt sich aber wahrscheinlich um die einzige größere Abhandlung in deutscher Sprache, die die sozio-ökonomischen und sozialpsychologischen Voraussetzungen der kulturellen Umwälzungen in China behandelt. Kulturrevolution ist Grundbedingung zur Lösung der Administrations- und Wachstumsprobleme in der Kommune. Das gemeinsam erwirtschaftete Sozialprodukt jeder Kommune wird durch die Diskussion der Mitglieder zur Verteilung gebracht, die Streuung der Investitionsanteile unterliegt im wesentlichen der Selbstbestimmung, das ökonomische Gefälle zwischen den verschiedenen Kommunen fordert gegenseitige Unterstützung. Das Buch erhält seine Aktualität, weil die Analyse das Verhältnis von zentraler Planung und dezentralisierten Entscheidungszentren als Gegenmodell zu den neuen Ökonomischen Systemen in der Tschechoslowakei und Jugoslawien herausarbeitet. Die sozio-ökonomische Struktur Chinas hat wahrscheinlich nicht nur exemplarischen Charakter für den Aufbau des Sozialismus in den unterentwickelten Ländern, sondern zeigt auch Ansätze zur sozialistischen Reproduktion in den hochindustrialisierten Nationen.

Paperback, 178 S. ..... Genossenpreis 5,90 ... DM 9.80

13

ORGANISATION UND SCHULUNG

Gegenwärtig rückt die Frage der Schulung im SDS und in den einzelnen Basisgruppen immer mehr in das Zentrum der organisatorischen Diskussionen. Exemplarisch für diese Debatten ist die in den Nummern 17 und 18 der Apo-Press veröffentlichte Kontroverse der Hamburger Genossen. Nahezu keine der dort entwickelten Positionen verfügt über eine ausgearbeitete inhaltliche Konzeption, die aus einem Bezugsrahmen revolutionärer Theorie heraus für alle Gruppen in dem inhaltlichen Aufbau ihrer Schulungsarbeit verbindlich werden könnte. Vielmehr veranlaßte die Diffusion der eigenen vagen Vorstellungen von Schulung die Genossen zu einer Auseinandersetzung mit der Kritik der politischen Ökonomie Marxens. Anders jedoch der Genosse Roth. Er versuchte einen konzeptionellen Zusammenhang zwischen Organisation und theoretischen Inhalten der Schulung herzustellen. Dies gelang ihm jedoch nur um den Preis eines Theorienkauderwelschs, das er zu guter letzt mit den strategischen Dimensionen des letzten Semesters anreicherte. In diesem Vorschlag wird versucht mittels ekklektizistisch angehäufter Kategorien aus der Kritik der politischen Ökonomie und sonst woher, einen reformistischen Syndikalismus an der Hochschule zu legitimieren. Dies verkäuft Genosse Roth gar noch als die Rekonstitution der, wie er sie nennt, Arbeiter-, Schüler- und Studentenbewegung und die ausschließliche organisatorische Bedingung dieser Rekonstitution erblickt er in dem von ihm vorgescglagenen Schulungskonzeption.

Das Schditern des Versuches des Genossen Roth , ausser einem Zusammenhang von Organisation und revolutionärer Theorie heraus, ein Schulungsprogramm in strategischer Absicht zu formulieren, wurde zweifellos nicht allein durch seinem subjektive Schwäche verursacht, sondern es kennzeichnet zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine objektive Schwierigkeit in der ganzen Schulungsdebatte , auf die ich weiter unten noch eingehen werde. Vorgreifend glaube ich, dass sich über ein inhaltlich verbindliches Schulungsprogramm erst dann sinnvoll wird lassen, wenn eine Vielzahl divergierender An - sätze über einige Zeit hinweg praktisch erprobt und ihre Organisationsstabilisierende oder , wie es gegenwärtig in Hamburg der Fall zu sein scheint, eine organisations- und praxiszersetzende Wirkung zeitigt.

Die spezifischen Bedingungen antiautoritärer Mobilisierung in der Zeit nach dem zusammengebrochenen Widerstand gegen die NS - Gesetze und des syndikalistischen Rückzugs an die eigene Basis in der Universität, brachte zwei für die gegenwärtige Schulungsdebatte relevante Konsequenzen mit sich, nämlich einerseits den Verlust gesamtgesellschaftlicher Perspektiven in unserer Politik und andererseits die vollständige Destruktion eines, im alten SDS wie schlecht auch immer organisierten, kollektiven Theorienbildungsprozesses. Beide Momente sind strukturell aus der syndikalistischen Verkümmerung antiautoritären Protests zu erklären. Die syndikalisitischen Basis - organisationen gingen von der Fiktion aus, dass es möglich sei, den Widerstand gegen die Formierungstendenzen des " autoritären Staates " an der Universität exemplarisch zu leisten, und diese Strategie enthob die Bewegung von der Reflexion und der praktischen Einbeziehung gesamtgesellschaftlicher Perspektiven in ihre Politik. Ebenso verlor die Aneignung bestimmter Theorien, die diesen gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang thematisierten, ihre Legitimation, da in der Universität eine unmittelbare Identität von syndikalistischer Praxis und theoretischen Interpretationen, die sich entweder in hochshhulpolitischen oder fachspezifisch-kritischen Theorien explizierten, per se vorhanden war. Erst aus der Erfahrung des Scheiterns dieser Politik und durch die abstrakte Erkenntnis der Notwendigkeit von politisierender und organisierender Tätigkeit im Proletariat, gewann die gesamtgesellschaftliche Problematik und die Aneignung revolutionärer Theorie wieder ein materielles Substrat und stellte sich , bedingt durch das Scheitern naturwüchsiger und daher notwendig praktizistischer Einsätze, alsbald als die zentrale organisatorische Frage der Bewegung.

Es scheint daher notwendig, dass wir versuchen, zwei sich scheinbar kontradiktorisch verhaltende wesentliche Positionen auf dem Hintergrund ihrer historischen

Genesis herauszuarbeiten, da jene , generalisierend gesagt, die organisatorischen Vorstellungen und praktischen Konsequenzen der aktuellen Diskussion erfassen.
Beide Ansätze gehen von der gemeinsamen Basis des Scheiterns naturwüchsiger Ansätze, vor allem der Betriebsarbeit aus. Schulung wurde fortan das Zauberwort das die Lösung der Organisationsfrage in der praktisch-politischen Arbeit versprach. Nun zog man einerseits aus dem Praktizismus die Konsequenz, die pragmatischen Ansätze praktischer Arbeit vollständig aufzugeben, " sich für ein Jahr zurückzuziehen und zu schulen ". Diese Form von Praxisabstinenz findet seinen exzessiven Ausdruck in dem mit hanseatischer Weltoffenheit sich international nennenden Schulungsinstitut des Genossen Oberlercher (ISI).Diese Gruppe glaubt nun in der Tat, durch bloße Schulung organisieren und kaderstabilisierend arbeiten zu können, ohne zu berücksichtigen, dass sie allein durch theoretische Schulung (wobei man beim ISI noch nach dem wie und was der Schulung fragen müßte)sich zweier wesentlicher Momente der Kaderbildung begibt. Dies sind : a) die organisationsstabilisierende Funktion praktischer Arbeit, und : b) die notwendigen organisationskonstitutiven negativen Erfahrungen auch falscher praktischer Ansätze, auf die selbst geschulte Kader nicht werden verzichten können, denn erst in dem vermittelnden Medium der Aufarbeitung praktischer Ansätze und der zunehmenden Klarheit über deren theoretische Voraussetzungen (durch Schulung) schafft die Möglichkeit sinnvoller Strategiediskussion. Die Schulung gerinnt daher zu einem Surrogat revolutionärer Politik, die statt organisierend vielmehr zersetzend und destruierend wirken wird(siehe die gegenwärtige Situation in Hamburg).
Sich in guter Tradition wissend, geht die andere Position von dem abstrakt postulierten Primat der Praxis aus, das heißt in anderen Worten, dass die Legitimationsbedürfnisse eines undurchschauten Praktizismus, und um nichts anderes handelt es sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt, den Schulungsinhalt und die Rezeption revolutionärer Theorien bestimmen und Vorgänge beeinflussen. Diese Tendenz äußert sich vor allem in den Schulungsprogrammen der ML , die versuchen, ihren bornierten Populismus theoretisch umzusetzen, indem sie möglichst " allgemeinverständliche " Texte auswählen, um darin ihre schon vorher existierenden begrifflichen Verkürzungen bestätigt zu finden. (Mit der ansteigenden Stalin-Hausse hat es noch etwas anderes auf sich; hier erweisen sich die Vorkämpfer der " Massenlinie " doch als wirkliche, kleinbürgerliche Antiautoritarier, denn Stalin ist für sie nicht nur ein Bürgerschreck, sondern auch ein Identitätsmerkmal " bewußter Klassenkämpfer" gegenüber den " Liberalen " im SDS.) Dieser unmittelbare Praxisbezug ist nun in der Tat nicht zu leisten und zwar aus zwei Gründen:
1. sind wir darauf angewiesen, abstrakte Theorien in den Schulungsgruppen zu rezipieren und grundlegende Kategorien zu vermitteln, die auf diesem Abstraktionsniveau durch einen unmittelbaren Praxisbezug verfälscht werden und in Gefahr geraten, ihre kritische Dimension zu verlieren. Durch ein solches Verfahren positiviert man Kritik zu einem Schema, etwa in der Gestalt der alles und nichts erklärenden " Grund-, Haupt- und Nebenwidersprüche ". 2. kann der gegenwärtige Praktizismus schlecht ein bestimmtes Korrektiv theoretischer Abstraktionen darstellen, da er in seiner Naturwüchsigkeit vollkommen blind verfährt und nicht einmal seine eigenen Voraussetzungen begreift (exemplarisch dazu die Scheinkritik der ML und anderer Gruppen an der anti-autoritären Bewegung) . Von einem wirklichen Theorie-Praxisverhältnis aus welchem sich der oben angeführte Anspruch legitimiert, wird sich daher erst sinnvoll sprechen lassen, wenn wir durch die Schulungsarbeit in der Lage sind, Praxismöglichkeiten und Organisationsformen, entsprechend den analysierten Notwendigkeiten des Klassenkampfes im Spätkapitalismus entsprechend bestimmen zu können. Bisdahin bleiben unsere Ansätze mehr oder weniger diffus und naturwüchsig verengt. Daher können sie für die Schulung keine Voraussetzungen und Bestimmungen inhaltlicher Art darstellen. Zusammenfassend läßt sich sagen, dass die historische Vergegenwärtigung der Schulungsproblematik gezeigt hat, dass jene nur im Zusammenhang arbeitender Gruppen gelöst werden kann, ohne jedoch dabei in die Gefahr zu geraten, die pragmatische Praxis zu einem Fetisch zu stilisieren und dadurch die theoretische Arbeit unter nicht ausweisbare Praxis- und Konkretionszwänge zu stellen, die sie notwendigerweise verfälschen und schematisieren müssen.

BV

Im Folgenden veröffentlichen wir einige prägnante Zitate aus der Hamburger Schulungsdebatte.

Zuerst zitieren wir aus den "Überlegungen" des Genossen Roth, die dieser " zu einem Schulungsarbeitskreis" anstellt und wie folgt betitelt :
" Kritik der politischen Oekonomie des Ausbildungssektors und seiner Beziehungen zu Kapital und Staat".
" Ein Programm zur Kritik der gegenwärtigen politischen Oekonomie muß von Anfang an integraler Bestandteil der Reorganisation der neuen sozialistischen Linken sein .
... ohne den materialistischen Nachweis der Reduzierbarkeit der politischen Oekonomie des Ausbildungssektors auf verschiedenen Stufen der Reproduktion des sich ständig qualifizierenden gesellschaftlichen Gesamtarbeiters im Neo - kapitalismus kann die Herausbildung von Pseudowidersprüchen in den Restgruppen der Lehrlings- Schüler- und Studenten - bewegung nicht bekämpft und in einer revolutionären Organisation des Aus - bildungssektors aufgehoben werden.
... Mit anderen Worten : Die Vermittlung der zentralen Aspekte einer Kritik der gegenwärtigen politischen Oekonomie ist als theoretische Waffe zur inhaltlichen Koordination der sozialistischen Lehrlings-,Schüler- und Studentenbewegung zu definieren (erste Reorganisationsphase), die gleichzeitig darauf abzielt, aufbauend auf schon bestehenden Restgruppen im Bereich der materiellen Reproduktion im Bereich einer zweiten Phase eine revolutionäre Kampforganisation der neuen Ar - beiterklasse herauszubilden(zweite Reorganisationsphase).
Das Schulungsprogramm muß die gegenwärtige gesellschaftliche Wirklichkeit zur Grund - lage haben und versuchen, diese gesell - schaftliche Wirklichkeit in einem möglichst gemeinverständlichen Modell zu verallgemeinern, Soweit es sich der Klassiker des Marxismus bedient, geschieht dies nicht um der Klassiker willen, sondern in der Absicht, deren kategoriale Verallgemeinerungen so weiter zu entwickeln, dass sie für die Verallgemeinerung der aktuellen Wirklichkeit mit all ihren Ungleichzeitigkeiten herangezogen werden können. Mit den Kriterien der Marx'schen Kritik der politischen Oekonomie allein können die aktuellen Bewegungsprozesse des Kapitals nicht mehr erfasst werden, weil die Wirklichkeit, die ihnen Marx zugrunde legte die Wirklichkeit des 19. und nicht unseres gegenwärtigen Jahrhunderts ist... der Versuch, eine Entwicklung der diskontinuierlichen und sich gleichzeitig rapid beschleunigenden Bewegungsprozesse vom Kapital und Staat ber - ücksichtigenden Revolutionsstrategien aus der Masse der Empirie herauszuleiten, erfordert ohne Zweifel systematische und kollektive analytische Arbeit über mehrere Jahre. Ist man trotzdem nicht bereit, die dialektische Beziehung von Praxis und Theorie über Jahre hinaus einseitig zugunsten der Theorie einzufrieren, wird man versuchen müssen, in das Schulungsmodell von Anfang an so viele Verallgemeinerungen wie nur möglich einzubauen. Man wird in jeder Phase der Schulungsvorbereitung die jeweils erforderliche Empirie mit den ohne allzu große Fehlerrisiken verwertbaren Erkenntnisse älterer und zeitgenössischer Theo - retiker verbinden müssen...
... Der Prozess der vortschreitenden Kapitalisierung von Wissenschaft und Bildungswesen wird im Modell der erweiterten Reproduktion untergebracht. Ausgehend vom Faktor " wissenschaftlich-technischer Fortschritt" des Modells wird der produktive Gesamtarbeiter im bundesrepublikanischen Kapitalismus neu definiert und als " neue Arbeiterklasse " zusammengefasst. In der neuen Arbeiterklasse nimmt der Anteil der qualifizierten Arbeit im Gefolge der Integration des technischen Fortschritts in dem kapitalistischen Reproduktionsprozess ständig zu. Jedoch ist sämtliche qualifi - zierte Arbeit auf einfache Arbeit reduzierbar; für die Definition des revolutionären Subjekts ist weiter wichtig, dass sich die neue Arbeiterklasse mehr und mehr in eine Qualifizierungs- und Vergegenständlichungsperiode unterteilt. Hinzu kommt noch eine präzise Abgrenzung der gesellschaftlich nützlichen von der gesellschaftlich unnützen Arbeit, was als theoretische Voraussetzung für den Kampf gegen die zunehmende Kapitalvernichtung und die Expansion des parasitären Sektors (Kriegsforschung und - Produktion) von besonderer Bedeutung ist...".

Resolutionsentwurf der Projektgruppe " Agitation und Propaganda "zur Frage der Schulung

Die Schulung ist nur ein Moment , eine Funktion der Organisation. Die Schulungsarbeit muß daher integriert und subordiniert werden, der Organisationsarbeit.
Wir werden solange vergeblich Anläufe zur Behebung unserer politischen Zerfahrenheit machen, als wir nicht begreifen oder verdrängen, dass unser primäres politisches Problem die Organisation ist und dass alle weiteren Probleme (Vereinheitlichung der

Theorie, Strategie, Taktik,) nur im Zusammenhang mit ihm zu lösen sind.
Die Schulung führt zu einer Vereinheitlichung des Hintergrundwissens, das aus den marxistischen Quellen gewonnen werden kann. Wenn die Vermittlung diesss Hintergrundwissens zu aktuellen politischen Situationen nicht organisiert, wenn diese Vermittlung nicht in dialektischer Wechselwirkung mit einer fortschreitenden Koordination der politischen Praxis der Gruppen geleistet wird, wird das Gezänk um die reälen politischen Differenzen in aller Schärfe wieder aufbrechen, sobald die konkrete politische Praxis in Angriff genommen werden soll.
Die Vorstellung, dass eine Vereinheitlichung des theoretischen Niveaus und des Hintergrundwissens die politische Vereinheitlichung der dissouiierten Gruppen und Individuen zur Folge haben würde, ist idealistisch. Vielmdhr wird die Disorganisation der antikapitalistischen Bewegung und ihres sozialistischen Kerns selbst einstrahlen in die Schulungsarbeit und diese auflösen, weil z.B. das arbeitsoekonomische Problem der Schulung als Teil der politischen Arbeit nicht organisatorisch gelöst wird. Die Vernachlässigung des organisatorischen Aspekts der Schulung hintertreibt so selbst die Vereinheitlichung auch nur der Theorie.
... Vereinheitlichung der Theorie als ein Ziel der Schulung, Vereinheitlichung der Kategorien, Vereinheitlichung des historischen Orientierungswissens, Vereinheitlichung der politischen Normen - und Wertsysteme, Vereinheitlichung der politischen Erfahrungs- und Interpretationsschemata. Diese erhofften Ergebnisse kollektiver Schulung sind ohne gleiczeitige Organisation kollektiver Praxis nicht zu erreichen. "

Des weiteren zitieren wir aus einer Stellungnahme des ISI zu dem Schulungsentwurf der Prjektgruppe Agitprop

"... Agitprop zeigt sich völlig ahnungslos , was die wirkliche Organisation des Proletariats anbetrifft. Das ist nämlich die Organisation der gesellschaftlichen Arbeit selbst, und worunter das Proletariat im Kapitalismus leidet, das ist nicht etwa ein Mangel, sondern ein Überfluß an Orkganisation unter kapitalistischer Leitung, "wegen der Zweischlächtigkeit des zu leitenden Produktionsprozesses selbst, welcher einerseits gesellschaftlicher Arbeitsprozess zur Herstellung eines Produkts, andererseits Verwertungsprozess des Kapitals, (unleserlich)... so ist sie der Form nach despotisch." (Kapital I, 351). Um die Despotie der Kapitalverwertung brechen und die Diktatur des Proletariats erreichten zu können, bedürfen die Industriearbeiter einiger Extra-Qualifikationen; deren Vermittlung ist die Schulung. Die umfassende revolutionäre Organisation des Proletariats ist die Organisation gesellschaftlicher Arbeitsprozesse auf revolutionärer, d.h. technologischer Grundlage, und sie "fällt nicht vom Himmel" und entsteht nicht aus frommen Wünschen, sie erwächst aus den materiellen Bedingungen der kapitalistischen Großproduktion und nur aus ihnen. Ohne diese Bedingungen ist sie unmöglich..."
...
Auch für die folgenden Zitate ist ausschließlich und allein das ISI verantwortlich. Sie stammen aus einem Flugblatt des ISI vom 4.1o.69

",..Wir haben nicht die Absicht, irgendeiner emanzipatorischen Bewegung zu genügen, sondern allein dem Klassenkampf und der Diktatur des Proletariats durch theoretische und pädagogische Arbeit zu dienen. An der Theoriefront des Klassenkampfes ist der Revisionismus der Hauptfeind. Er kann keine solidarische Kritik, sondern lediglich theoretische Liquidation und politische Entlarvung erwarten.
...Begriffs-Analphabetismus beherrscht nicht nur die APO-Press-Redaktion, sondern die kleinbürgerlich emanzipatorische Bewegung überhaupt, und hat bislang eine revolutionäre Wendung dieser Bewegung verhindert. Das ISI wird daher in Kürze eine kategoriale Alphabetisierungskampagne eröffnen ..."

GENOSSEN,
NAZI-VERGANGENHEIT UNSERER RICHTER RECHERCHIERT DER BV - BITTE RECHTZEITIG ANMELDEN - DAUERT CA 14 TAGE

dokumentation:

ROTE ZELLE GERMANISTIK – BERLIN
zu den Konzilswahlen

"DAS EINZIGE MITTEL, GEGEN DEN OPPURTUNISMUS RADIKAL ZU KAMPFEN, IST SELBST VORWÄRTS ZU GEHEN, DIE TAKTIK ZU ENTWICKELN, DIE REVOLUTIONÄRE SEITE DER BEWEGUNG ZU STEIGERN. DER OPPORTUNISMUS IST ÜBERHAUPT EINE SUMPFPFLANZE, DIE SICH IM STEHENDEN WASSER DER BEWEGUNG RASCH UND ÜPPIG ENTWICKELT, BEI FORSCHEM STARKEM STROM VERKÜMMERT SIE VON SELBST."

(Brief Rosa Luxemburgs an Roland Holst)

Es ist der Vorschlag gemacht worden, sich an den Wahlen zum Präkonzil zu beteiligen. Das macht es nötig, die Voraussetzungen eines solchen Vorschlags genau zu prüfen. Die Genossen, die für die Beteiligung an den Wahlen plädieren, wollen die taktischen Widersprüche innerhalb des Lagers der Lehrenden für eine sozialistische Politik an der Uni ausnützen. Im Besonderen geht es ihnen darum, eine liberale Charaktermaske zum Universitätspräsidenten zu machen, wovon sie sich die Absicherung linker Projekte erhoffen. Dies setzt zweierlei voraus:

1. Die sozialistischen Studenten seien in der Lage, in inhaltlicher und organisatorischer Einheit ihren Kampf an der Uni unter strategischen Bestimmungen zu führen, aus dem sich auch ein direktes, vor allem aber kontrollierbares Mandat für die linken Konzilsparlamentarier ableiten ließe.
2. Im HG und seinen Exekutionsgremien ließen sich tatsächlich Spielräume finden, die für eine sozialistische Politik genützt werden könnten.

Jedem ist einsichtig, daß die erste Voraussetzung nicht gegeben ist. Die sozialistischen Studenten sind weit davon entfernt, auf eine einheitliche Linie verpflichtet zu sein. Vielmehr versuchen die meisten Bereiche überhaupt erst, die inneren Bedingungen für eine zentrale Politik herzustellen, versuchen überhaupt erst für sich die Voraussetzungen und Perspektiven des spezifischen Beitrags zum Klassenkampf konkret zu klären. Eine Beteiligung an der Wahl könnte diesem Prozeß nur schaden. Was passieren wird, ist ziemlich deutlich: ein zusammengewürfelter Haufen von Individuen, und mehr ist es nicht, was sich zur Wahl stellt, wird versuchen, die vermuteten Interessen der linken Studenten in diesen Gruppen wahrzunehmen. Doch welche Interessen das tatsächlich sind, werden sie niemals genau ausmachen können, denn bei der augenblicklichen Zersplitterung können sie höchstens partikularistische Entscheidungen treffen, weil ein verbindlicher Zusammenhang zu arbeitenden Gruppen, die wirklich strategische Perspektiven hätten, in keiner Weise gewährleistet ist. So wird es ziemlich schnell geschehen, daß sich diese linken Vertreter in den Gremien verselbständigen und festlegen auf die Arbeit in diesen Gremien. Das Mittel der Politik, die taktische Mitarbeit im Konzil, wird zum Selbstzweck. Von dieser verselbständigten Position aus ist es, wie die Geschichte der Studentenrevolte überdeutlich zeigt, nur ein kleiner Schritt zu dem ebenso absurden, wie gefährlichen Versuch, den Harausbildungsprozeß der sozialistischen Strategie der Studenten und ihrer Organisierung von der bornierten parlamentarischen Ebene her bestimmen und vereinheitlichen zu wollen. Die Genossen, die aus der augenblicklichen Arbeit wegen der fehlenden Perspektive herausgefallen sind, werden ihre Hoffnung auf die Arbeit in diesen Gremien setzen und meinen, daß durch die gemeinsame Agitation dafür auch Ansätze einer Vereinheitlichung der Politik sich finden

ließen. Damit wird eine Fraktionierung der linken Studentenschaft eingeleitet, die auf der falschen Ebene stattfindet, nämlich einer nur taktischen Argumentation. So werden die unterscheidenden strategischen Positionen innerhalb der sozialistischen Studentenschaft verdünnt werden durch unergiebige um das taktische Vorgehen in den Institutionen. Diese Diskussionen werden verhindern, daß wirklich intensive Anstrengungen unternommen werden, von den dezentralisierten Bereichen her die Bedingungen zu schaffen, um eine einheitliche Linie zu entwickeln.

ZUM HOCHSCHULGESETZ DER FU

In der Geschichte der Studentenrevolte stellen die Hochschulgesetze den Versuch dar, die Uni den strategischen Bedürfnissen des Kapitals anzupassen, wozu es zweifelsohne gehört, die Studentenrevolte lahmzulegen, ihr die Möglichkeit weiterer Konfliktproduktion zu rauben.

Die in der BRD und Westberlin verabschiedeten HGe schaffen die ersten juristischen Grundlagen für eine an den Verwertungsbedingungen des Kapitals orientierte Bildungs- und Wissenschaftspolitik. Mit technokratischen Reformen so soll die Uni in die Lage versetzt werden, die Ausbildung den Erfordernissen des das wirtschaftliche Wachstum bestimmenden technologischen Fortschritts anzupassen, und des ständig wachsenden Akademiker-Proletariats Herr zu werden. Das am 1.August 1969 in Kraft getretene Gesetz über die Universitäten des Landes Berlin bestimmt, daß das Studium in die drei Ausbildungsabschnitte Grund-, Haupt- und Aufbaustudium gegliedert werden muß, die jeweils durch Prüfung abgeschlossen werden. Damit wird versucht, sicherzustellen, daß die Universitätsausbildung sich am Bedarf der verschiedenen Berufszweige orientiert, und die jeweils benötigte Anzahl von unteren, mittleren und Spitzenkadern ausstößt, wobei der Selektionsmechanismus der Prüfung sicherstellt, daß nur die am besten Angepaßten in Spitzenpositionen aufrücken können. Studienpläne und Prüfungsordnung sollen dafür sorgen, daß das Studium auch inhaltlich nach den bestehenden Berufsmöglichkeiten ausgerichtet ist. "Die Studenten sind verpflichtet, ihr Studium an den Studienplänen und Prüfungsordnungen ihrer Studienrichtung zu orientieren, daß sie die Prüfung in angemessener Zeit ablegen können." Der Befristung der Studienzeit entspricht die Zulassungsbeschränkung für das Studium. Soweit die bestehenden Verwaltungsstrukturen der Universitäten der Verwirklichung dieser Ausbildungsziele im Wege stehen, sollen die durch die Fachbereichsgliederung beseitigt werden.

Um diese Interessen auch gegen den Widerstand der Uni-Angehörigen durchsetzen zu können, stellt das Uni-Gesetz ein umfangreiches Instrumentarium bereit. "Die Universitäten unterstehen der Staatsaufsicht des Landes Berlin, die von dem für Hochschulen zuständigen Mitglied des Senats von Berlin ausgeübt wird." Dem Senat für Wissenschaft und Kunst müssen alle von der Uni erlassenen Rechtsvorschriften zur Prüfung vorgelegt werden. Er erläßt in einer Rechtsverordnung Grundsätze für die Aufstellung von Studienplänen und Prüfungsordnungen, für das Aufbaustudium und ein ergänzendes Studium. Die Wahl des Präsidenten bedarf seiner Zustimmung. Er kann die ihm von der Uni vorzulegenden Berufungsvorschläge ablehnen. Das Gesetz gibt ihm die Möglichkeit, in alle Angelegenheiten der Universität einzugreifen.

Dem Kuratorium gehören außer den 7 Vertretern der universitären Gruppen der Regierende Bürgermeister von Berlin, die Senatoren für Finanzen, für Wissenschaft und Kunst, der Präsident des Abgeordnetenhauses und 3 vom Abgeordnetenhaus zu wählende Mitglieder an. In ihm werden die die Uni betreffenden Grundsatzentscheidungen wie Billigung des Haushaltsplanes und Gliederung der Uni in Fachbereiche gefällt. Der Akademische Senat setzt sich aus 11 Hochschullehrern, 6 wissenschaftlichen Mitarbeitern, 5 Studenten und 2 "anderen Dienstkräften" zusammen. Neben seinen sonstigen Aufgaben prüft er die von den Fachbereichen und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen erlassenden Rechtsvorschriften. Werden diese nicht gemäß seinen Vorstellungen korrigiert, leitet er sie dem Senator für Wissenschaft und Kunst zur Entscheidung weiter.

Der Uni-Präsident führt die Beschlüsse des Akademischen Senats, des Konzils, des Kuratoriums, sowie ihrer Kommisionen und ihrer Ausschüsse aus." Er ist verpflichtet, rechtswidrige Entscheidungen mit aufschiebender Wirkung zu beanstanden und deren Aufhebung oder Abänderung zu verlangen. Wird diesem Ver-

langen innerhalb einer vom Präsidenten gesetzten Frist nicht stattgegeben, so hat er die Entscheidung der für die Hochschulen zuständigen Mitglieder des Senats von Berlin herbeizuführen. "Er ist Inhaber des Haurechts und wahrt die Ordnung in der Universität", indem er das in den letzten Semestern schon praktizierte Ordnungsrecht anwendet. Genau wie der Rektor ist der Präsident weniger eine Person als ein Apparat, bestehend aus Juristen, Spitzeln und anderen Banditen.

Mit der Einrichtung dieser Organe der Universität sind jedoch erst die Voraussetzungen geschaffen, die vom Senator für Wissenschaft und Kunst ausgeübte Staatsaufsicht möglichst wirksam xx werden zu lassen; ist erst der allgemeine Rahmen, der die Uni bestimmenden Regeln absteckt. Um darüberhinaus die Konkretisierung der allgemeinen Richtlinien und ihre praktische Umsetzung in der Uni zu gewährleisten, sieht das Gesetz die Einrichtung von Kommissionen auf gesamtuniversitärer und Fachbereichsebene vor. Aufgrund derer Vorschläge fassen der Akademische Senat und die Fachbereichsräte, die sich aus 7 Hochschullehrern, 4 wissenschaftlichen Mitarbeitern, 3 Studenten und einer "anderen Dienstkraft" zusammensetzen, ihre abschließenden Beschlüsse.

Um die aktive Mitarbeit eines relevanten Teils von Uni-Angehörigen an seinen technokratischen Reformvorstellungen zu erreichen, macht der Politische Senat scheinbar Zugständnisse. Er will offensichtlich die Unterstützung von reformfreudigen Ordinarien, des Mittelbaus und der sozialdemokratischen und gewerkschaftlich orientierten Studenten gewinnen, um den Teil der Ordinarien, der seine Privatinteressen über die des Kapitals stellt, zu entmachten und die sozialistischen Studenten zu bekämpfen. Es soll der Eindruck erweckt werden, als ob der Mittelbau, besonders die wissenschaftlichen Assistenten, zu Machtpositonen aufrückt.

Durch diese Täuschung soll er geködert werden, die ihm gestellten Aufgaben, das Funktionieren der Gremien gegen den Widerstand der reaktionären Ordinarien und sozialistischen Studenten sicherzustellen.

Im Grunde genommen ändert sich der STatus der einzelnen Gruppen an der Uni durch das Gesetz nicht. In allen entscheidenden Gremien behalten die Ordinarien, wenn man von den Stimmen der "Dienstkräfte" absieht, die absolute Mehrheit. Die Gruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiter steigert zwar die Zahl ihrer Vertreter, wird jedoch durch die Schaffung der Stellung des Assistenzprofessors gespalten in jene, die schon fast Professor sind, und jene, die noch miteianander konkurrieren, um es zu werden. Die auf Grund nicht reformfreudigen Verhaltens zu erwartenden Abstimmungsniederlagen möglicherweise in den Gremien sitzender Studenten sind schon institutionell vorweggenommen: die Studenten stellen in den Gremien, in denen überhaupt noch relevante Beschlüsse gefaßt werden, bestenfalls ein Viertel der Stimmberechtigten.

Um alle bei der Besetzung der Gremien mit Entscheidungsbefugnissen zu kurz Gekommenen zu versöhnen, und die Ordinarien nicht zu verärgern, deren Machtausübung einerseits unter die Fuchtel des Senators für Wissenschaft und Kunst genommen worden ist, deren Privilegien andererseits gegen alle Demokratisierungsbestrebungen von unten gesichert worden sind, sieht das Unigesetz ein Gremium vor, in dem nun fast wirklich alle gleichberechtigt repräsentiert sind: Das Konzil, in dem mit Ausnahme von 2o "anderen Dienstkräften" alle Gruppen drittelparitätisch vertreten sind. Die Studenten also dürfen im Konzil nicht nur den Präsidenten mitwählen und mitabwählen, sich seinen Rechenschaftsbericht anhören und mitbilligen, die Satzung und die Wahlordnung mitverabschieden und mitändern, wobei auch hier das Kuratorium das letzte Wort hat, sie dürfen sogar auf Sitzungen mitzusammenkommen und einen drittelparitätisch zusammengesetzten Konzilsvorstand mitwählen.

Die Einrichtung dieser Versammlung für Komödianten ist allenfalls geeignet, die aufgrund der schnellen Verabschiedung des Gesetzes und der mangelhaften Informationen darüber bedingte Unklarheit unter den Studenten gegenüber diesem Machwerk auszunutzen, um Verwirrung zu stiften. Die Atomisierung der Studenten und den Verzicht auf Selbstbestimmung und Selbstorganisation zugunsten einer repräsentativen Vertretung wird sie nicht erreichen. Um die Unsicherheit der Studenten zu steigern, um die schnelle Anwendung des Gesetzes vorzubereiten, sind die Wahlen zum Präkonzil auf den 3., 4. und 5. November festgelegt. Ausnahmsweise darf es außer dem Präsidenten auch den Akademischen Senat und einige Uni-Vertreter ins Kuratorium wählen.

Alle durch das Uni-Gesetz eingerichteten Gremien sind Instrument zur Durchsetzung der technokratischen Hochschulreform. Sie sind so eindeutig gegen die Interessen der Studenten gerichtet, daß die Fiktion, die Studenten könnten ihre Interessen dadurch wahrnehmen, daß sie in diesen Gremien vertreten sind, von vornherein brüchig ist.

Grundsätzlich gilt für alle Gremien und di. Wahlen zu ihnen: Die Beteiligung von Studenten an ihnen ist nicht nur sinnlos, sondern auch gefährlich, da sie aus der im Moment unter den Studenten bestehenden Unsicherheit Kapital schlägt, falsche Hoffnungen und Illusionen nährt, und damit die Studenten in der selbsttätigen Wahrnehmung ihrer Interessen, am Kampf gegen die technokratische Hochschulreform behindert.
Für die Wahlen zum Präkonzil ist klar festzuhalten: Es gibt keine politisch ausgewiesene Begründung , sich aus taktischen Gründen an ihnen zu beteiligen. Diejenigen, die ins Konzil gehen wollen, um von dieser Warte aus die Studenten zu agitieren, wie diejenigen, die vorgeben, sie könnten die Personalentscheidungen, die im Präkonzil mit der Präsidentenwahl, den Wahlen zum Akad. Senat und zum Kuratorium getroffen werden, soweit beeinflussen, dass die Vertreter dieser Organe aus den vom Gesetz fesgelegten Bahnen springen und den Senat für Wissenschaft und Kunst$ daran hindern könnten, von seiner Staatsaufsicht Gebrauch zu machen. Sie genauso zu bekämpfen wie jene, die schlicht behaupten, die Studenten seien in diesen Gremien so weit vertreten, dass sie daselbst Einfluss auf die im Inneren stattfindenden Meinungsbildungsprozesse gewinnen könnten.
Aus der Lektüre des Uni-Gesetzes entsteht leicht der Eindruck, die Verabschiedung des Gesetzes bedeute auch die Einführung der technokratischen Hochschulreform. Doch die Verabschiedung des Gesetzes ist zwar eine wichtige Entscheidung, sie bedeutet jedoch nicht viel mehr als eine Absichtserklärung, die erst im Klassenkampf von oben durchgesetzt werden soll: Auf Fachbereichsebene, in den Lehrveranstaltungen, in den Prüfungen, gegen die Prüfungen, gegen die Ordinarien und Dozenten, die das schwächste Glied in der Kette sind, an die der politische Senat uns nehmen will.

INTELLEKTUELLE IM KLASSENKAMPF:

Was ist die richtige Linie gegenüber dem Hochschulgesetz und wie kann die Reorganisierung der sozialistischen Studenten tatsächlich eingeleitet werden ?

Zwischen zwei Polen hat sich die Studentenrevolte eigentlich immer bewegt.
1. , sie hat versucht, die allgemeinpolitischen Fragestellungen in Konflikte mit den herrschenden Apparaten zu wenden.
2,, sie hat versucht, diese allgemeinpolitischen Fragestellungen auf die spezifische Situation der eizelnen Fächer anzuwenden und damit eine neue Konfliktebene zu schaffen.
Gerade in dieser spezifischen Ebene stellt die Konzeption der revolutionären Berufspraxis den am weitest vorangetriebenen Versuch dar, praktisch die jeweilige Wissenschaft zu kritisieren und Alternativen für den Klassenkampf zu entwerfen. Allerdings ist es bis jetzt nicht gelungen, genau auszuweisen, wo das Bindeglied der Berufspraxis als Lehrer zum Klassenkampf ist und inwieweit der Lehrer in seinem Beruf im Klassenkampf unterstützen kann. Dadurch , dass zum Teil die Illusion der Identität von Beruf und revolutionärer Praxis erzeugt wurde, wurde gleichzeitig verhindert, diesen Ansatz auf andere Disziplinen zu übertragen. Wir können nun sagen, dass wir im Augenblick an einem Punkt angelangt sind, an dem die abstrakten Parolen über den Imperialismus und die Kritik an den Funktionen der jeweiligen Wissenschaften allein nicht mehr aureichen, die Studenten massenhaft zum Kampf zu mobilisieren. Wir haben die Schranken erreicht, an denen wir scheinbar nicht mehr weiter kommen. Wir waren zwar fähig, in den Aktionen die Kampffromen kontinuierlich weiterzuentwickeln, aber es gelang nur punktuell , in diesen Aktionen die abstrakten Parolen zu konkretisieren. Den anti-kapitalistischen , teilweise souialistischen Zielsetzungen der Studentenrevolte mangelte es bis heute an Konkretion um ein längerfristig angelegtes politisches Proramm auch tatsächlich realisieren zu können.
Wo das versucht wurde, blieb es falsch oder im Ansatz stecken, weil die beabsichtigte Praxis auf ihre historischen Grenzen stieß, deren praktische Über - windung Aufgabe des Proletariats als der historisch berufenen Klasse ist. Heute scheint der qualitative Sprung der Studentenbewegung aus der Rebellion der progressiven Teile der klein - bürgerlichen Intelligenz zur sozialistischen Bewegung möglich, Einmal aus der inneren Dynamik der Bewegung selbst,

wilden Streiks ansatzweise die ersten klassenbewußten Aktionen des Proletariats andeuten. Die richtige Fragestellung aus der allein die Wideraufnahme der Kämpfe auf der Ebene der Fachbereiche möglich wird, muß heißen: Wie wird der Zusammenhang zwischen wissenschaftlichen Alternativen innerhalb und außerhalb der bestehenden Institutionen und dem Kampf des Proletariats aussehen? Wie kann die reale Ungleichzeitigkeit auf der Kampfebene Uni zur Kampfebene Betrieb aufgehoben werden? Hostorisch ist durch den allgemeinen Prozess der Deklassierung der akademischen Intelligenz sicherlich die Möglichkeit gegeben, dass diese Schicht der Bourgeosie ein Bündnis mit dem Proletariat eingeht. Aber interessant für das Proletariat wird die Intelligenz nicht sein, wenn sie sich darauf vorbereitet, die Bürokraten der späteren Arbeiterorganisation zu sein, sondern nur als Intelligenz und das bedeutet im Zusammenhang mit ihrem spezifischen Beruf, wenn sie also in der Lage ist, die je an der Uni gelehrte Wissenschaft zu kritisieren und für den Klassenkampf verwertbare Alternativen aufzuzeigen.
Also: Der Zusammenhang von berufsspezifischer Praxis und revolutinärem Anspruch muß diskutiert und durch Aktionen konkretisiert werden. Solange allerdings das Proletariat bei uns nur eine abstrakte Größe ist, wird diese Frage für uns konkret nicht beantwortet werden können, denn nur das kämpfende Proletariat wird auch für die akademische Intelligenz die Bedingungen ihrer Praxis und Perspektiven hervorbringen.
So muß einbezogen werden die taktische Frage, wie die Intelligenz jetzt den unmittelbaren Organisationsprozess des Proletariats direkt unterstützen kann.
Die Forcierung des politischen Kampfes an der Uni unter den eben genannten Fragestellungen, aus dem heraus allein rote Zellen als Organisationsform des politischen Kampfes gebildet werden können, scheint die richtige strategische Antwort auf das HG zu sein. Durch diese Organisationsform besteht nämlich genau die Möglichkeit eine tatsächlich für den revolutionären Teil der kleinbürgerlichen Intelligenz einheitliche Organsierung herzustellen, die sie - auch durch ihre erzieherische Funktion - für die Zeit nach ihrem Studium

(wenn sie vereinzelt in Büros, Schulen etc hpcken werden) befähigt, als Teil einer Klasse ein Bündnis mit dem Proletariat einzugehen. Indem die roten Zellen die Problematik der inhaltlichen und institutionellen Auseinandersetzungen mit der jeweiligen Wissenschaft weiterverfolgen, sich aber gleichzeitig nicht fi ieren auf die Berufsperspektive, sondern vielmehr versuchen werden, einen Arbeitszusammenhang zwischen der Vorbereitung des späteren Berufs und den allgemeinen strategischen Bedürfnissen revolutionärer Praxis herzustellen, werden sie zweierlei leisten: Sie werden dadurch, dass sie keine Berufsrevolutionäre produzieren, die in ihrer Reproduktion angewiesen wären auf die Arbeiterorganisationen, verhindern, dass sich ein Stamm revisionistischer Funktionäre bildet. Sie werden vom Standpunkt revolutionären Kampfes des Proletariats aus und in engem Zusammenhang damit auf einer neuen Ebene die spezifische Auseinandersetzung in den jeweiligen Fächern forcieren, also auch eine neue Ebene von Konflikten in den Instituten ermöglichen und somit langfristig vorbereiten, dass die Intelligenz als Intelligenz tatsächlich etwas leistet für den Kampf des Proletariats. Dazu gehört insbesondere die Prüfungen und andere Reglementierungen des Studiums anzugreifen und zu unterlaufen um Genossen freizustellen, sowohl direkt zu helfen beim Aufbau der revolutionären Organisation des Proletariats als auch in ihrem spezifischen Bereich gegen die herrschenden Institutionen Modelle wissenschaftlicher Arbeit zu entwerfen, die dem Proletariat dienen.

RECHTSHILFE

Habt Ihr, Genossen Rechtshelfer, schon die Möglichkeit der Straßensammlung genutzt?
Fotokopierte Unterlagen über Antrag, Ablehnung, Widerspruch und darauf folgender Genehmigung einer Straßensammlung für den hiesigen Rechtshilfefonds, zusätzlich leihweise 40 Sammelbüchsen bekommt jede Gruppe von der ROTEN RECHTSHILFE, 852 ERLANGEN, HINDENBURGSTRASSE 17, TEL 09131/25743 gegen Voreinsendung von DM 15,00. Das sind die Büchsenkauf- und Fotokopienbeteiligungskosten. Rechtzeitige Vorbestellungen vonnöten!

ZUR HOCHSCHULPOLITIK – HAMBURG

aus APO-Press 19

PAPIER I

INHALTLICHE UND ORGANISATORISCHE AUFGABEN DER BASISGRUPPEN IM WINTERSEMESTER 69/70

Langfristiges Ziel der Hochschulpolitik ist es, bei der Masse der Studenten ein antikapitalistisches Bewußtsein zu entwickeln und die Studenten direkt oder über die Berufspraxis so zu organisieren, daß sie ihre wissenschaftlichen Ressourcen in den Dienst der Politisierung und Organisierung derjenigen Abteilungen der Arbeiterklasse stellen, die wegen ihrer gesellschaftlichen Schlüsselpositionen – vor allem in der Produktion (planende, technische und Arbeiterberufe) und im Bereich der Erziehung und Bildung (Sozialisationsberufe) – für revolutionäre Veränderungen besondere strategische Bedeutung haben.

SCHRITTE FÜR DIESES ZIEL SIND:

1. Primärmobilisierung

Über die Primärmobilisierung soll eine erste Politisierung der Erst(Zweit-Dritt-) Semester erreicht werden.

Ansätze für eine Primärmobilisierung der Erstsemester sind ihre Interessen am Arbeitsplatz. Desorientierung über Studien- und Berufserwartung, eklektischer Studienaufbau, Anhäufung methodischer Kurse im Grundstudium und autoritäre Lernsituation sind Frustrationsquellen, die über eine systematische Studienberatung, Umfunktionierung von Lehrveranstaltungen und Organisation eines kollektiven Grundstudiums können eine Primärmobilisierung bewirken.

Es wäre falsch, Agitationsmodelle zu benutzen, die das fortgeschrittene politische Bewußtsein der arbeitenden Genossen voraussetzen, d.h. Anfangssemester schon gleich für die Projektarbeit (Bereich Schule, Bereich Produktion) agitieren zu wollen.

Ausschüsse für Erstsemesteragitation

Um eine möglichst einheitliche und organisierte Erstsemester-Agitation zu gewährleisten, müssen an möglichst vielen Instituten Ausschüsse (bzw. müssen endlich die linken Einzel-Studenten als verbindliche Gruppen zusammengefaßt) zur Organisierung des Grundstudiums eingesetzt werden. Neben der organisierenden Funktion, haben die Ausschüsse eine eminent politische: denn die Organisation des Grundstudiums darf nicht auf eine Erleichterung des Grundstudiums im Sinne der Erweiterung der Privilegien einer ohnehin schon priviligierten bürgerlichen Gruppe, oder der Effektivierung des Grundstudiums im Sinne der technokratischen Hochschulreform andererseits hinauslaufen. Es geht darum, über die Erstsemesterarbeit bei den Studenten eine kritische Distanz zum ordentlichen Lehrbetrieb zu schaffen, sie als Sympathisanten für die politisch agierenden Ausschußmitglieder zu gewinnen; Die Rationalisierung des Grundstudiums (gleiches gilt für das Hauptstudium) soll Arbeitskraft freisetzen für die politische Arbeit. Den Ausschüssen zur Organisierung und Politisierung des Grundstudiums stehen folgende Mittel zur Verfügung:

- Erste Orientierung der Erstsemester

Zur ersten Orientierung der Erstsemester – Erstsemesterpapiere, kontinuierliche Erstsemesterberatung zu Semesterbeginn, Erstsemesterversammlung.

- Studienkollektive

Im zweiten Schritt müssen die Ausschüsse in den Vorlesungen und Übungen des Grundstudiums Kollektive einrichten, über die, die zu erbringenden Leistungen zu kollektivieren sind (Referate, Klausuren). Diese Arbeit muß durch direkte Studienhilfe unterstützt werden:

o Skripte, die den obligatorischen Lernstoff knapp zusammenfassen,

o Mentorengruppen müssen für eine Rationalisierung des Grundstudiums und Vorbereitung erster Konfliktstrategien funktionalsiert werden,

Klausuren und Prüfungen werden durch kollektive Vorbereitung unterstützt, bzw. verhindert (Katalogisierung bisheriger Prüfungsfragen, standartisierte Spikzettel, Informationen über Prüfungsgewohnheiten der Ordinarien und A., Kollektivierung der Prüfung selbst und Sprengung der Prüfungen).

Diese institutionellen Ansätze führen meist sofort zu einem politischen Konflikt; er ist leicht zu führen, da die systemimmanente Kritik an der autoritären und individuellen Lernsituation als legitim erkannt ist und an einigen Seminaren die Kollektivierung offiziel schon praktiziert wird.

An diesen Seminaren (bzw. Kursen) muß die Politisierung durch inhaltliche Auseinandersetzung geleistet werden, d.h. mittels Ideologiekritik (Problematisierung der Lehrinhalte, der Wissenschaftsverwertung) und der Forderung nach inhaltlicher Seminargestaltung durch die Studenten. Für viele Studiengänge ist eine Rationalisierung und inhaltliche Kritik der Kurse im Grundstudium erschwert, da sie durch Anhäufung praxisferner Methodenlehren gekennzeichnet sind. Hier ist die Forderung nach Streckung praxisorientierter Kurse bis ins Hauptstudium zu erheben und durchzusetzen.

- Institutspolitik

Alle diese Konflikte dürfen nicht isoliert kursusbezogen ausgenutzt werden, sie müssen einerseits mit anderen Erstsemesterkampagnen (überhaupt mit allen hochschul- und allgemeinpolitischen Kampagnen) koordiniert werden und andererseits mit der gesamten Institutspolitik vermittelt werden. (siehe zur Frage der Instituts- und Fachbereichsräte das Papier II)

2. Organisation der politischen Arbeit

Man darf davon ausgehen, daß die Primärmobilisierung bei den erreichten Studenten in der zweiten Phase entschiedene politische Interessen verstärkt. Dieses äußert sich im Bedürfnis nach theoretischer Fundierung, im Interesse an einer politischen Arbeit im späteren Berufsbereich und am Bedürfnis schon während des Studiums Verbindungen zu den Institutionen der Basis (Betriebe) und des Überbaus (Schulen) aufzunehmen, um dort aktiv einzugreifen.

Schulungsgruppen und Projektgruppen

Dem Bedürfnis nach theoretischer Fundierung ihres politischen Engagements entsprechen die Schulungskurse und Projektgruppen. Die Schulungskurse vermitteln die Kenntnis und die kritische Auseinandersetzung mit der marxistischen Tradition (polit. Ökonomie, Politik, Ideologie) und der Geschichte des internationalen Klassenkampfes.

Die Projektgruppen liefern arbeitsteilig konkrete Analysen verschiedener Sektoren des kapitalistischen Systems, die für die revolutionäre Arbeit außerhalb der Hochschule wichtig sind, bzw. Grundlage für strategische Konzepte sind.

Schulungskurse und Projektgruppen bilden prinzipiell eine Einheit; doch wird die Arbeit in den Gruppen von einer gewissen Zweigleisigkeit bestimmt werden in der nächsten Zeit, da es ein praxisorientiertes Schulungsprogramm augenblicklich nicht gibt. Erst im Verlauf der Aufarbeitung der marxistischen Tradition (Schulung) und der immer konkreteren und umfassenderen Analysen (Projektgruppenarbeit) wird die Zweigleisigkeit überwunden.

Lehrplankampagne

Die institutspolitische Aufgabe der Projektgruppen besteht nun darin, die oben aufgezeigte inhaltliche Arbeit (Schulung und praxisbezogene Analyse) in den offiziellen Lehrbetrieb zu integrieren. Z.B. geht die Germanisten-Projektgruppe "Technokratische Schulreform" ins PI-Seminar "Die Schule in der Industriegesellschaft", um dort ihre Arbeit fortzusetzen und zugleich zu propagieren. Soweit dieses zu institutionellen Auseinandersetzungen führt, (Scheinentzug für umfunktionierte Seminare, Verweigerung der Aufnahme studentischer Projekte ins Lehr- und Forschungsprogramm), sind sie mit härtesten Agitations- und Aktionskampagnen zu führen.

Projektgruppenbereiche

Die Projektgruppen müssen sich nach Praxisfeldern zu Projektbereichen zusammenschließen; so der Projektbereich Schule, der alle Projektgruppen die sich mit Sozialisationsproblemen befassen, zusammenschließt; der Projektbereich Produktion umfaßt alle Gruppen, die Betriebs- und Lehrlingsarbeit machen; Projektbereich Medizin usw...

Die Projektgruppen müssen in ihren jeweiligen Bereichen Verbindung zu den entsprechenden sozialen Gruppen dieser Praxisbereiche aufnehmen und organisatorisch fixieren.

Den Projektgruppen obliegt es, die politische Aktivität der antikapitalistischen Studenten auf außeruniversitäre Sektoren des Ausbildungs- und möglichst bald auch des Produktionsbereichs auszudehnen. Eine weitere Aufgabe der Projektgruppen ist es, die Analyse und Diskussion darüber voranzutreiben, wie eine Kontinuität zwischen der Praxis im Studium und der politischen Praxis nach dem Studium hergestellt werden kann.

Revolutionäre Berufspraxis

Wenn es für die Germanisten und diejenigen, die später im Erziehungssektor arbeiten werden, möglich ist, ihre politische Arbeit mit und als Berufsarbeit zu organisieren, so gilt dieses jedoch nicht für alle Fakultäten der Universität. So muß z.B. für Soziologen und Politologen überlegt werden, welche langfristige Perspektive sie an Stelle der fehlenden Möglichkeit der revolutionären Berufspraxis haben.

Basisgruppenversammlung

Die Basisgruppenversammlung versteht sich nunmehr als Versammlung aller universitären Studienkollektive, Schulungskurse, Projektgruppen und Ausschüsse für die Organisierung des Grundstudiums.

PAPIER II – ZUR INSTITUTSPOLITIK

Die neue Situation

Die Ordinarien-Universität, in welcher wir vor Verabschiedung des Hochschulgesetzes studierten, war die Universität der Ordinarien.

Die Ordinarien waren die Garanten und die Träger ihres institutionellen Systems, das vom Staat quasi nur legalisiert war. Der Staat trat in der Universität als Ordinarius in Erscheinung. Als dessen Autorität erschüttert wurde, und das Institutionensystem der Univ. in die Krise geriet, blieb dem Staat nur der extreme Ausweg: seinen hochschulexternen Gewaltapparat, Justiz und Polizei, in die Universität zu schicken. Die Auseinandersetzungen mit der Polizei setzten den antiautoritären Konflikt mit den Professoren fort, der unter den geg. Bedingungen zugleich anti-institutioneller Kampf war.

Diese Situation – gekennzeichnet durch die Identifizierung von Ordinarius, Institutionensystem und staatlicher universitärer Gewalt im Bewußtsein der Studenten – hat sich gründlich gewandelt. Der Staat tritt nach der Verabschiedung des technokratischen Hochschulgesetzes nicht nur

vertreten durch den beamteten Lehrkörper, sondern unmittelbar in Erscheinung. Er erscheint in der Universität jetzt leibhaftig als Präsident, als Berufsrichter im Ordnungsausschuß, vor allem aber als das neue Institutionengefüge in der Universität, als die sich vollziehende technokratische Universitätsreform. Garanten und Träger des Institutionengefüges sind jetzt in Bewußtsein der Studenten nicht mehr die Professoren - die sind jetzt selbst genauso wie die Studenten unterworfen - sondern der Staat. Die Linie zwischen Ordinariat und Staat, die sich früher im gelegentlichen Gegeneinander von Uni und Kultusverwaltung zeigte, wird jetzt innerhalb der Universität sichtbar, ja reproduziert sich innerhalb des Lehrkörpers als Gegeneinander von reaktionärem und technokratischem Flügel, und im Kampf gegen die Studenten als Verschiedenheit zweier Strategien der starren und nackten Repression auf der einen, der flexiblen Integration und "Mitbestimmung" auf der anderen Seite.

Damit haben sich die Voraussetzungen des anti-institutionellen Kampfes entscheidend geändert:

- Die alten universitären Institutionen waren morsch, hinfällig, ihr Ende war absehbar - die neuen Institutionen haben im Bewußtsein der Studenten eine leider nicht absehbare Zukunft.
- Die alten Institutionen waren in der Öffentlichkeit als überholt und als strukturelle Krisenursache anerkannt - die neuen gelten als modern, und als Reformmittel zur Behebung der Krise.
- Die Hüter des alten Systems waren reaktionäre Ordinarien, sodaß anti-autoritärer Konflikt und anti-institutioneller Konflikt früher identisch waren - der Staat als Hüter der neuen Institutionen muß selbst den Widerstand der reaktionären Ordinarien gegen seine technokratischen Reformmaßnahmen überwinden.
- Die Professoren waren taktische Nullen, sie ermöglichten durch ihre starre Haltung eine rasche Eskalation und Politisierung der Konflikte - die Technokraten haben Erfahrung in der Verschleierung und Befriedung: sie sind flexibel (Experimentierklausel).
- Der anti-institutionelle Kampf bedeutete früher nur Illoyalität gegenüber Professoren, die ihre politische Inkompetenz vor aller Welt demonstriert hatten - heute bedeutet er Illoyalität gegenüber der Staatsbürokratie.
  Das heißt natürlich zugleich, daß ein anti-institutionelles Bewußtsein der Studenten heute sehr viel unmittelbarer antikapitalistisches Bewußtsein ist.

ALLGEMEINE KONSEQUENZEN FÜR DIE STUDENTISCHE POLITIK GEGENÜBER DEN NEUEN INSTITUTIONEN

Formaldemokratische Beteiligungsforderungen und folgender anti-institutioneller Kampf (Boykott-Kampagne) - vor der Verabschiedung des Hochschulgesetzes das am breitesten wirksame Mobilisierungsmittel - haben für die Agitation nur noch sekundäre Bedeutung.
Nur dort, wo der anti-institutionelle Kampf sich zur antiautoritären Auseinandersetzung konkretisiert, kann er noch zur Primärmobilisierung beitragen: etwa dort, wo die Professoren sich besonders stur weigern, die Experimentierklausel anzuwenden, obwohl etwa in Nachbarfächern schon studentische Beteiligung gewährt wurde. In diesem Falle geht der Kampf weniger gegen das Institutionengefüge als innerhalb des Instit.-gefüges gegen die Professoren. dies zeigt zugleich die größere Gefahr des Abgleitens in den Reformismus und den kleinkarierten personalisierten Konflikt, die nur vermieden werden kann, wenn die Primärmobilisierung sofort und energisch zur Bildung von arbeitenden Gruppen genutzt und durch sie schleunigst radikalisiert wird. Sonst leisten die antiautoritären Studenten Kärrner-Arbeit für die Staatsbürokraten bei der Niederringung des altreaktionären Professoren-Flügels.
Auf der anderen Seite ist die Beteiligung an den Institutionen nach der Verabschiedung des Hochschulgesetzes ungleich gefährlicher als früher. Denn diese Institutionen sind sozialtechnisch für die Integration der Studentenbewegung und die Pazifizierung der universitären Konflikte geschaffen. Ihre assimilatorische Kraft ist gestiegen, während die linken Studenten nicht gerade geübt sind, in Kommissionen unbestechlich eine radikale Politik zu verfolgen.
Die Beteiligung an den Institutionen zu agitatorischen Zwecken empfiehlt sich also nur, wenn die stud. Delegierten der Linken durch eine intensive außerinstitutionelle Agitation, möglichst eine intakte Projektgruppen-Organisation, gegen die Integration gesichert sind. Die innerinstitutionelle Agitation hat also nur eine Perspektive, wenn sie als Ergänzung eines primär außer-institutionellen Kampfes fungiert. Die Arbeit in den Institutionen kann langfristig nur die Schranken des Reformismus durchbrechen, wenn sie auf der Basis radikaler Forderungen betrieben wird, die aus der Arbeit der Projektgruppen resultieren.
Die genauere Untersuchung der taktischen Möglichkeiten einer Beteiligung an den Institutionen erfordert ihre Funktionsbestimmung und die Abgrenzung ihrer Kompetenzen.

ALLGEMEINE FUNKTIONSBESTIMMUNG DER UNIVERSITÄREN GREMIEN

1. Die primäre soziale Funktion der universitären "Selbstverwaltungsorgane" ist die Reintegration der politisierten Studenten in die unpolitische Universität und die Wiederbelebung der Institutionen-Fixiertheit ihres politischen Denkens und Handelns. Diese Funktion ist besonders wichtig und wichtig für jene Organe, deren reale Kompetenz minimal [illegible]

melt (Senat).
2. Der langfristige staatliche Auftrag der Selbstverwaltungsorgane der Universität ist die Durchführung der technokratischen Hochschulreform. Dabei dient ihre scheinbare relative Autonomie innerhalb ihres jeweiligen Kompetenzbereichs nur der reibungsloseren Vermittlung der staatlichen Planung an Lehrkörper und Studenten: diesen wird Gelegenheit gegeben, die vorprogrammierten technokratischen Reformmaßnahmen selbst zu beschließen und durchzuführen. Dem Selbstbewußtsein ihrer Mitglieder zuwider, sind diese Gremien objektiv Transmissionsorgane, lediglich zur taktischen Aussteuerung des Programms und Verhinderung manifester Konflikte mit einer Rückkoppelung versehen.
Den illusionären Reformerwartungen, die von der "Demokratischen Alternative" verbreitet werden, muß man entgegentreten: durch Aufklärung darüber, daß
a) jede Entscheidung eines Organs gesetzmäßig durch das übergeordnete Organ wieder aufgehoben werden kann, daß

b) die wesentlichen Funktionen innerhalb des Verwaltungssektors der Organe aus ihrem Kompetenzbereich ausgeklammert sind (z.B. Kontrolle der Auftragsforschung, der Sonderforschungsbereiche), daß

c) infolgedessen die Beteiligung der Studenten in den Gremien ihnen keine Einflußmöglichkeiten, ja nicht einmal Informiertheit gewährt, wo entscheidende studentische Interessen auf dem Spiel stehen (vgl. etwa jetzt die Krise in dem Fach Biologie).

3. Während einer Übergangszeit ist es Aufgabe der Institutionen, durch Übergangsregelungen und Flickreformen die Verwirklichung der langfristigen Projektionen der Staatsbürokratie vorzubereiten. Während dieser Stabilisierungsphase, in der die Institutionen sich noch nicht eingespielt haben, die aktiven Massen der Studenten noch desintegriert und ein erheblicher Teil des Lehrkörpers den technokratischen Projektionen noch skeptisch gegenüber steht, entspricht es durchaus der sozialtechnischen Funktion dieser "Selbstverwaltungsorgane", Lehrkörper und Studenten innerhalb eines von der Schulbehörde regulierten Rahmens Spielraum für Reformmaßnahmen (z.B. Neuregelung der Zwischenprüfung) zu gewähren, die einerseits bestehende manifeste Irrationalitäten und Konfliktquellen der Universität abbauen, andrerseits die technokratische Transformation der Universität einleiten.

THESEN ZUR INSTITUTSPOLITIK

1. Das technokratische Institutionengefüge muß bekämpft werden, aber es kann nicht mehr durch den allgemeinen Boykott bekämpft werden.

1.1 Die neu eingerichteten Institutionen brauchen einige Zeit, um sich zu stabilisieren. Während dieser Zeit der Stabilisierung stehen sie einerseits im Blickpunkt studentischer Aufmerksamkeit, sodaß die Studenten-bewegung ihnen gegnüber Stellung beziehen muß, einer Auseinandersetzung mit ihnen nicht ausweichen kann - andrerseits sind sie in dieser Phase, wo der Gewöhnungsprozeß erst langsam anläuft, noch besonders unsicher und anfällig gegen Angriffe von innen oder außen. Daher kommt der studentischen Institutionspolitik jetzt besondere Bedeutung zu.

1.2 Das Hauptziel der allgemeinen studentischen Politik gegenüber den technokratischen Verwaltungsorganisationen muß es sein, das anti-institutionelle Denken und Handeln der Studenten auch gegenüber den neuen Institutionen zu befestigen: eine politische Fixierung an die neuen Institutionen würde das Ende der Mobilisierung an der Universität sein. Ein Nebenziel dieser Politik kann es sein, die sozialtechnische Funktion der "Selbstverwaltungsorgane" auch gegenüber dem Lehrköper umzukehren: wo eine Polarisierung des Lehrkörpers in Reaktionäre, Technokraten und Kritische Wissenschaftler möglich ist, kann eine geschickte studentische Politik innerhalb der Institutionen, getragen von einer starken außerinstitutionellen Agitation, die Nebenwidersprüche zwischen Staatsbürokratie und Lehrkörper verschärfen, z.B. Regelungen erreichen, die dem Widerstand gegen spätere Transformationsmaßnahmen formalen Rückhalt geben.

1.3 Die anti-istitutionelle Politik wird durch die systematische Konfrontation der Institutionen mit den studentischen Interessen die Ohnmacht und Inkompetenz der Institutionen enthüllen, ihren Charakter als Relaisstation der behördlichen Programmierung und ihre Integrationsfunktion entlarven. Man darf dabei nicht erwarten, daß die Studenten ihre politischen Erfahrungen mit den Institutionen alter Art auf die neuen übertragen werden. Anti-institutionelles Bewußtsein wird sich durch Boykottkampagnen vielleicht noch neu bilden (an nicht mobilisierten Instituten) aber nur noch in Ausnahmefällen reproduzieren lassen. In der Regel wird man die neuen "Selbstverwaltungsorgane" durch die kombinierte, innen- und außer-institutionelle Konfrontation mit den studentischen Interessen bekämpfen.

1.4.1. Zentrale Bedeutung für den Kampf gegen das technokratische Institutionengefüge hat das Konzil. Hier hat die Universitätsbürokratie verführt durch unsere Passivität, den Fehler gemacht, sich im Sinne ihrer Integrationsstrategie allzuweit vorzuwagen: bis vor die breite Öffentlichkeit des Audimax. Dort werden wir sehr deutlich demonstrieren können, wie dieses oberste Selbstverwaltungsorgan der Universität und mit ihm die "Steudentenvertretung" der Demokratischen Alternative vor allen Fragen, die unmittelbare studentische Interessen betreffen, in geschlossene Ausschüsse zurückweicht, sich regelmäßig vor der studentischen Öffentlichkeit auf Verfahrensfragen zurückzieht.

2. INSTITUTS-, ABTEILUNGSRÄTE und PRIMÄR-MOBILISIERUNG

2.1 Eine Boykottkampagne gegen die Instituts- und Abteilungsräte ist taktisch dort zu rechtfertigen, wo sie noch provokatorische Wirkungen hat und die politische Apathie der Studenten durch Polarisierung aufgerissen werden kann, wo der Kampf gegen eine reaktionäre studentische Übermacht geführt werden wird, wo eine breitere Mobilisierung durch Agitation in den Lehrveranstaltungen nicht erreicht werden kann (z. B., weil sich dafür kein Potential findet). Allerdings muß man sich darüber im klaren sein, daß formaldemokratische Forderungen als Legitimation des Boykotts zwar die Studenten leicht mobilisieren, aber nur schlecht geeignet sind, beständige politische Arbeit und die Bildung stabiler Kollektive zu begründen.

2.2 Das Bemühen, in den Instituts- und Abteilungsräten ohne eine arbeitende politisierte Basis 'studentische Interessen' durchzusetzen und den Kampf für solche Forderungen für eine Primärmobilisierung zu nutzen, muß in reformistischer Handwerkelei verenden. Denn diese Forderungen sind notwendig abstrakt, wachsen nicht konkret aus den Bedürfnissen der Studienkollektive und Projektgruppen hervor und verkommen so zu gewerkschaftlichen Forderungen nach Erhaltung und Ausweitung studentischer Privilegien. Im übrigen sind solche institutionellen Bemühungen zur Mobilisierung denkbar ungeeignet (mobilisiert werden höchstens ein paar künftige Funktionärstypen), sie befestigen vielmehr, angepaßt wie sie sind an das institutionelle Denken der unpolitischen Studenten die politische Apathie.

2.3 Man kann an Instituts- und Abteilungsräten teilnehmen,
a) um als Beobachter an Informationen für die außerinstitutionelle Agitation zu gelangen und die außerinstitutionelle Agitation mit der innerinstitutionellen zu beginnen oder zu ergänzen,
b) um den Lehrkörper zu fraktionieren,
c) um gewisse Interessen der Studienkollektive und Projektgruppen in den Instituten mit Hilfe taktischer Bündnispolitik durchzusetzen und den Verwaltungsapparat (Büro, Finanzen usw für studentische Zwecke zu verwenden.

Oder schließlich auch, um Reformmodelle zu basteln und damit die studentische Aktivität und Kreativität in den Dienst der technokratischen Hochschulreform zu stellen.
Nur die erste Zielsetzung kann einer Primärmobilisierung dienen. Und man muß sich kritisch fragen, ob sie den Kräfteeinsatz und das Risiko einer Integration der linken Vertreter lohnt, ob nicht die Konzentration aller Kräfte auf die außerinstitutionelle Arbeit die Mobilisierung effektiver voranbringen würde.

3. INSTITUTSPOLITIK DER STUDIENKOLLEKTIVE UND PROJEKTGRUPPEN

3.1 Wo sich die Organisation der Studienkollektive, Studienausschüsse und Projektgruppen konsolidiert hat, wäre es linksradikal und unverantwortlich, die Institutionen aktiv zu boykottieren oder rechts liegen zu lassen. Viele Studenten verbinden mit den neuen Institutionen illusionäre Erwartungen. Den rechten Funktionären muß die Möglichkeit genommen werden, diese Illusionen zu nähren und der außerinstitutionellen Agitation mit der Versicherung zu begegnen, ihre Forderungen könnten durch Teilnahme an den Institutionen durchgesetzt werden.

3.2 Der Spielraum der organisierten Studentenbewegung wird sich zunehmend verengen. Die Institutionen können ihr dazu dienen, diesen Prozeß durch geschicktes, offensives Taktieren zu verlangsamen. Es gibt Verhandlungsgegenstände (Raumvergabe, Lehrveranstaltungen, Berufungen), deren Wichtigkeit für die studentische Organisation im Einzelfall nur ihr selbst genau bekannt ist, und bei denen sie daher ihre Interessen durchsetzen kann. Es gibt Spaltungen im Lehrkörper, die sich vertiefen, und Fraktionen, die sich zum Teil gegen die Eingriffe der Staatsbürokratie wenden lassen. Eine intakte studentische Instituts-Organisation mit einer langfristigen Strategie kann dabei eine taktisch richtige Bündnispolitik betreiben.

3.3 Die langfristige Perspektive für eine anti-institutionelle und antikapitalistische Praxis an der Universität ist nicht sehr günstig. Die Studienzeitverkürzung wird den Leistungsdruck erhöhen, die Fixierung fester Studiengänge die kritische Reflexion des eigenen Studiums beeinträchtigen und die erhöhte Arbeitsbelastung die Tendenz verstärken, sich durch die Institutionen und die studentischen Repräsentanten politisch entlasten zu lassen.

Bevor sich die Verhältnisse in dieser Weise stabilisieren, müssen wir im Kreislauf des Ausbildungsprozesses - begünstigt durch den gegenwärtigen Lehrermangel an allen Bildungsinstitutionen - Fuß gefaßt haben, agitatorisch und organisatorisch, als Lehrer, Schüler und Studenten an den Schulen, Universitäten und Fachhochschulen. Wir werden dabei die antikapitalistische Bewegung im Ausbildungssektor, die sich jetzt noch an der schweren Krise in diesem Bereich weiter entwickeln kann, auf die Dauer nur stabilisieren, wenn wir es lernen, die Agitation über den Ausbildungsbereich hinaus in den Produktionsbereich auszuweiten und die instabile Organisation der Studentenbewegung durch die Zusammenarbeit und die organisatorische Verbindung mit sozialistischen Gruppen der Produktionssphäre in ihrem antikapitalistischen Kurs abzusichern.

ERGEBNISSE DER DISKUSSIONEN ZUR HOCHSCHULPOLITIK IN DER BASISGRUPPENVOLLVERSAMMLUNG UND IM ASTA-KOLLEKTIV

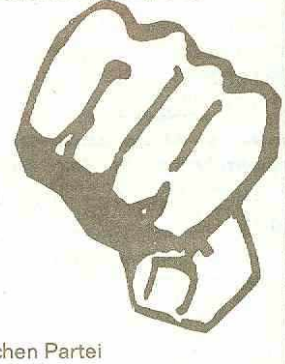
Jacques Pesquet
RÄTE IN SACLAY?
Antonio Gramsci
RÄTE IN TURIN

Genossenpreis
3,90 DM

TRIKONT-VERLAGSKOOPERATIVE
8 München 80
Josephsburgstraße 16
Tel. 43 38 74

Inhalt

Räte in Saclay?
Einleitung
Ein Getto zwischen der Sorbonne und Renault
Der Auslöser
Ein unkonventioneller Aufbruch
Die Führung des Kampfes
Etwas Politik
Noch einmal die Studenten
Das Programm des Kampfes
In den Gewerkschaften
Die Gegenoffensive der Technokraten
Das Intergewerkschaftliche Koordinationskomitee (CIC)
Antibürokratische Maßnahmen.
Das Problem der Macht
Die Bilanz
Räte überall
Räte in Turin
Erläuternde Einführung zu Gramsci
Arbeiterdemokratie
Der Fabrikrat
Gewerkschaft und Räte (I)
Gewerkschaft und Räte (II)
Partei und Revolution (I)
Partei und Revolution (II)
Zwei Revolutionen
Für eine Erneuerung der sozialistischen Partei
Politische Kapazität



GENOSSEN,
GEBT DEM BV DIE TERMINE
EURER MITGLIEDERVER-
SAMMLUNGEN BEKANNT

BETRIEBSPROJEKTGRUPPE : ERLANGEN

26

DIE SOZIALISTISCHE BETRIEBSPROJEKTGRUPPE
UND IHRE AUFGABEN
SDS ERLANGEN GERT BARNEWOLD

Die Konstituierung einer Betriebsprojektgruppe ist ein entscheidender Schritt in der Entwicklung der antiautoritären Bewegung in Erlangen. Damit ist für uns erstmalig die Voraussetzung geschaffen, eine am Produktionsbereich orientierte Politik zu entwickeln. Die wilden Streiks im September haben uns die Wichtigkeit dieses Schrittes gezeigt. Wir werden die Arbeit der BPG als den strategischen Angelpunkt der gesamten politischen Praxis betrachten müssen. Dabei muß noch reflektiert werden, von welchem Selbtsverständnis wir dabei auszugehen haben. Wir können kaum mit dem Anspruch auftreten, Avantgarde für das klassenkämpferische Proletariat zu sein, was zu sektiererischen Vorstellungen einer zentralen Organisation für das Proletariat führen würde.

Die Klassenfunktion der Intelligenz besteht darin, die Entwicklung der Produktivkraft Wissenschaft voranzutreiben. Und in diesem Sinne müssen wir als Sozialisten wissenschaftlich produktiv werden und die Probleme des Klassenkampfes in der monopolkapitalisteischen Gesellschaft bearbeiten.
Aus dieser Sicht befinden wir uns jedoch im Widerspruch zu unserer historischen Aufgabe, agitatorische und organisatorische Hilfestellung zu leisten für die Entwicklung eines klassenbewußten kämpferischen Proletariats. Anzunehmen ist aber, daß dies kein antagonistischer Widerspruch ist, sondern in dem Maße lösbar, in dem wir mit den Arbeits- und Lohnkämpfen vertraut werden und über die Hintergründe durch sozialistische Propaganda aufklären können und sich gleichzeitig sozialistische Kader in den Betrieben heranbilden.

Eine solche grundsätzliche Einschätzung der BPG-Arbeit hat aber auch zur Folge, die Ansätze der antiautoritären Bewegung in der Hochschulrevolte, der Lehrlingsarbeit der Schülerbewegung weiterzuentwickeln. Die am Produktionsbereich ausgerichtete politische und theoretische Arbeit wird dabei den gesamtgesellschaftlichen Rahmen für die Strategie und Taktik der revolutionären Bewegung konkretisieren können. Die Theorie der antiautoritären Bewegung kann über ihre philosophisch-kritische Beschränktheit hinauskommen, wenn sie sich auf eine an der gesellschaftlichen Praxis entwickelte Kritik der politischen Ökonomie stützt.
Für die Arbeit der BPG ergeben sich daher mehrere Aufgaben, die hier kurz dargelegt werden sollen.

1.
Die einzige Kontinuität der Arbeit der Genossen in der BPG besteht zur Zeit noch darin, Flugblattserien zu diskutieren, Flugblätter zu redigieren und zu verteilen. Die Öffentlichkeitsarbeit richtet sich nicht mehr abstarkt an die vage Gesamtheit der Bevölkerung, jedoch immer noch an eine vage Gesamtheit der Arbeiterklasse. Unsere Aufklärungsarbeit geht noch nicht von einer wenn auch rudimentären Einschätzung der Fraktionen der Arbeiterklasse im Rahmen einer Klassen- und ökonomischen Analyse der BRD im allgemeinen und unseres Wirtschaftsraumes im besonderen aus. Deshalb bleibt unsere Propagandatätigkeit noch abstrakt und unverbindlich. Es fehlt überhaupt an agitatorischen Möglichkeiten, die in der kontinuierlichen Flugblattaktionen entwickelt werden müßten. Die minimale Voraussetzung für eine in Ansätzen agitatorische Tätigkeit besteht in der Kenntnis einiger ökonomischer Bedingungen der konkreten Betriebssituationen. Unsere erste Aufgabe besteht für uns also darin, statistische und sonstige Materialien zu sammeln und durchzusehen, die Auskunft geben können über die Produktion der betreffenden Betriebe, die Lohnsituation und Akordbedingungen der Werktätigen, die btriebliche Organisation die volks- und betriebswirtschaftliche Stabilität und die Zusammensetzung des Betriebspersonals. Das wird un s in die Lage versetzen, betriebsspezifische Flugblattaktionen und Kampagnen durchzuführen und mit Kontaktpersonen sinnvolle Arbeit zu leisten, die sozialistische Betriebszellen werden bilden können.

2.
Die Arbeit der BPG stellt nicht nur lokal für Erlangen oder Nürnberg die zentrale Praxis dar, sondern ist auch allgemein an dem strategischen Schwerpunkt der gesamten Bewegung und vielre SDS-Gruppen in der BRD angesetzt. Aus allen Gruppen hört man die Klage über die mangelnde Analyse der BRD-Ökonomie im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung der mitein-

ander international verflochtenen Wirtschaftsmächte. Dementsperchend fehlt eine darauf basierende Klassenanalyse der Gesellschaft des Spätkapitalismus. Diese Analysen sind nun mal die Voraussetzung für eine langfristig konzipierte sozialistische Politik, die erst die Orientierung der Praxis an der Theorie ermöglicht. Unsere Hauptaufgabe besteht also darin, im Zusammenhang mit den Bemühungen z.B. der Gruppe Ruhrkampagne in Berlin zumindest ansatzweise eine solche Analyse des Wirtschaftsrauemes Mittelfranken zu erstellen. Die Arbeitshypothesen sind auf die wirtschaftlichen Schwerpunkte der Industriezweige und auf die Abteilungen und Fraktionen der Arbeiterklasse zu richten. Unter ständiger Anleitung der Genossen (oder des Genossen?) Ökonomen ist die Möglichkeit einer sinnvollen Arbeitsteilung gegeben.

3.
Mit der Vorbereitung und Wahrnehmung dieser Aufgabe ist eine kollektive Selbstschulung über die Grundlagen der Kritik der politischen Ökonomie verbunden. Die Schulungsprogramme müßten so entwickelt werden, daß sie von den Hypothesen und der Arbeitsteilung der analytischen Bemühungen ausgehen, so daß die Diskussionen über unsere Praxis vielleicht auch mal von einem gewissen theoretischen Niveau aus geführt werden können.

4.
Die Bewältigung dieser Aufgaben ist natürlich ein personales Problem. Wir brauchen diesmal nicht wieder von dem Widerspruch der notwendigen strategischen Perspektiven und der möglichen Praxisansätze auszugehen, der vor einem halben Jahr mit Hilfe des Begriffs von der "personalen Identität" schnell verdrängt wurde. Je weiter wir mit der Arbeit der BPG vorankommen, desto mehr werden wir in der Lage sein, die Hochschulpolitik von diesem st strategischen Schwerpunkt her zu bestimmen. Die Notwendigkeiten der Betriebsarbeit im weitesten Sinne werden wir als Ansprüche der politischen Arbeit in die Hochschule tragen müssen, und zwar vor allem dort, wo die wissenschaftliche Arbeit zu einer möglichen Produktivkraft für unsere politische und analytische Arbeit wird: Wiso-Fak., Gesellschaftwissenschaften in der Phil.-Fak., bei den Technologen in der Mat.Nat.Fak. und durch z.B. die Antisiemenskampagne in der Techn.Fak.
Die praktische Kritik am Wissenschaftbetrieb war immer der Gefahr ausgesetzt, formalisiert zu werden durch Kampagnen wie Institutsdemokratisierung und durch den Gegenrealitätsbegriff. Sie ist jedoch durch uns von dem gesellschaftpolitischen Zusammenhang und von der Klassenfunktion der wissenschaftlichen Intelligenz aus konkret zu entwickeln. Dabei muß immer die quantitative Beschränktheit der Mobilisationsmöglichkeiten mitbedacht werden.

Verlag Neue Kritik
(was wird aus mir?)

Verlag Neue Kritik KG
6000 Frankfurt am Main 1
Wilhelm-Hauff-Strasse 5
Telefon (0611) 77 86 70

zum Genossenpreis in den bekannten Buchhandlungen in Berlin, Hamburg, Kiel, Frankfurt, Erlangen, Heidelberg, Freiburg Hannover (siehe Info 22) oder durch Überweisung - Kennwort: Cuba - auf unser Postscheckkonto: Ffm. 150774
zum Normalpreis in allen Buchhandlungen

Bettelheim, Castro, Che Guevara, Mandel, Mora
Wertgesetz, Planung und Bewusstsein
Die Planungsdebatte in Cuba

Probleme sozialistischer Politik 15

191 Seiten
DM 12.-
für Genossen
DM 10,-

In den Jahren 1963 und 1964 fand in Cuba eine Debatte über alternative Formen der Planung beim sozialistischen Aufbau statt, die zum ersten Mal seit langer Zeit wieder die engen Grenzen einer marxistischen Fachökonomie sprengte und alle Probleme der Wirtschaftsplanung im Zusammenhang einer umfassend verstandenen politischen und gesellschaftlichen Theorie der Revolution begriff.
In der vorliegenden Auswahl werden von den insgesamt etwa 20 Aufsätzen sechs vorgelegt: der die Debatte einleitende Aufsatz von Mora, zwei Erwiderungen Guevaras, der dessen Auffassungen grundsätzlich in Frage stellende Aufsatz von Bettelheim, sowie die Antworten darauf von Mandel und Guevara. Ausserdem wird eine Rede Fidel Castros aus dem Jahre 1968 wiedergegeben, aus der erkennbar wird, welche praktische Bedeutung die Auffassungen Guevaras heute für die Entwicklung Cubas erhalten haben.

REVOLUTIONARER KAMPF IM LIBANON

DIE EXISTENZ DER PARTISANEN IM LIBANON

(Ihre Beweggründe und Rechtfertigung)

Südlibanon grenzt an Galilea. Aus strategischen Gründen hat Galilea eine zentrale Bedeutung für Israel...wie auch für die Befreiungsbewegung:

I Fast alle Wasserreserven befinden sich dort. Die Kontrolle dieser Wasserreserven ist für das Negevgebiet von entscheidender Bedeutung. Ben Gurion dazu: "Die Negevwüste entscheidet über Leben und Tod Israels". Ihre Bedeutung für Israel als demographischer Schutzwall zwischen dem arabischen Orient und Okzident kann nur dann erfüllt werden, wenn bis Ende der 70ger Jahre 3 Millionen neue Einwohner dort angesiedelt werden.

II Vierzig Prozent der Bewohner Galileas sind Araber. Diese 200 000 Leute nehmen zum Teil heute schon am revolutionären Kampf teil; ihre verstärkte Partzipation an der Revolution ist für die Weiterbildung der Revolution unentbehrlich. Im Süden Libanons leben etwa 180 000 Palästina-Flüchtlinge in Ghettos (größtenteils aus Galilea stammend). Ihre organische Verbindung zu den Palästinensern Galileas muß aufrechterhalten bleiben.

III Die Fläche Galileas stellt ein Drittel der bewohnten Fläche Israels dar.

IV Die Mehrheit der jüdischen Bevölkerung Galileas sind orientalische Juden; sie gehören zu der unterprivilegiertesten Schicht Israels und ihr Zugehörigkeitsgefühl zum Staatsapparat ist äußerst schwankend. Auf lange Sicht gehören sie zu den natürlichen Alliierten der Revolution. Schon heute gibt es Anzeichen, daß sie Widerstand gegen die israelische Staatsgewalt leisten.

V Die Topographie Galileas zeigt eine Hügellandschaft mit starkem Waldbestand. Daher seine Bedeutung für die Partisanen, die hier anderen Schutz als z.B. in Jordanien (nahezu baumloses Flachland, mit einer Wassersperre in der Jordansenke) genießen. Hier können die Partisanen eine offensiv-defensive Rolle spielen, im Gegensatz zur Jordanfront, wo sie in erster Linie einen defensiv-offensiven Kampf führen müssen.

VI Wegen der besonderen Fruchtbarkeit Galileas ist die Landwirtschaft dort am produktivsten.

VII Die libanesische Grenze stellt für die israelische Armee einen locus minoris resistentiae zur Überflügelung der arabischen Ostfront dar.

Die Beweggründe zur Konfrontation mit dem Regime in Libanon

Die Staatsgewalt in Libanon wird von einem Konglomerat verschiedener religiöser Sekten ausgeübt. Eine privilegierte Schicht beherrscht jeweils eine dieser religiösen Sekten. Alle privilegierten Schichten bilden eine Interessengemeinschaft und teilen das Land in Einflußsphären auf. Ein besonderes gemeinsames Interesse vereint sie in dem Bemühen, die 180 000 Palästinaflüchtlinge in einer depravierten und isolierten Position zu halten, um eine Politisierung der eigenen Bevölkerung durch sie zu verhindern.

Die bewaffnete palästinensische Existenz im südlichen Libanon führte zu folgendem: Unter dem massiven Druck des israelischen Militärapparates unterzeichneten die libanesischen privilegierten Schichten ein geheimes Abkommen mit Israel: daß keine arabische Streitmacht libanesischen Boden betreten dürfe, daß Libanon als neutrale Pufferzone fungieren solle und daß sie die palästinensische Befreiungsbewegung aufhalten müsse. Die herrschenden Schichten, die sich hinter der Regierung verbergenden wahren Machthaber im Libanon, müssen sich jetzt entscheiden zwischen zwei Gegensätzen: entweder sie beugen sich dem israelischen Machtanspruch oder dem Druck der palästinensischen Revolution. Dieser Widerspruch ist tödlich für sie. Wenn sie sich der einen Seite beugen, müssen sie die andere bekämpfen, und umgekehrt. Sie sind zu schwach gegen den israelischen Machtanspruch militärisch aufzutreten, deshalb ziehen sie es vor, jetzt gegen die tödliche Bedrohung ihrer Herrschaft durch den beispielhaft wirkenden Kampf der Palästinenser, Schritte zu unternehmen, bevor es endgültig zu spät ist.(Nixon zu einem arabischen Diplomaten:"Heute ist es sehr schwer, Al-Fateh zu zerschlagen, in der nahen Zukunft wird es aber völlig unmöglich werden.")

Die libanesische Regierung hat jahrelang systematisch den Süden des Landes vernachlässigt. Den Kapitalfluß nach Libanon deponiert sie in den Banken oder verwendet ihn für den Dienstleistungssektor; Landwirtschaft und Industrie befinden sich auf primitivster Stufe. Das trug mit dazu bei, die regionalen und die Klassengegensätze weiter zu verschärfen. Die libanesische Bevölkerung im Süden des Landes lebt unter katastrophalen Bedingungen. Der Palästinenser, der nun mit der Waffe in der Hand um seine Befreiung kämpft, wird zum Vor-ild bild für den südlibanesischen Bauern ... plötzlich entdeckt er, daß auch er mit d[illegible] Waffe in der Hand seine Interessen verteidigen kann, und daß auf lange Sicht ihre gemeinsamen Interesseb koordiniert werden können. (Vor kurzem, als die Großgrundbesitzer, die verhindern wollten, daß eine Preissenkung für Tabak eintrat, im Süden den Tabakanbau verhindern wollten, erhoben sich die südlibanesischen Bauern in einem spontanen Widerstand, der brutal von der Regierung niedergeschlagen wurde).

Ein Aufstand der südlibanesischen Bauern wäre eine Fanfare für die Erhebung der unterdrückten Bevölkerung im ganzen Land, das würde bedeuten, daß die aufgezwängte Isolation Libanons aufgehoben würde, die Regierung und die dahinterstehenden Cliquen hinweggefegt würden, die Konterrevolution (israelische und arabische Bestrebungen voran) eines Einflußgebietes und Instruments verlustig gingen, und d[illegible] sich dann Libanon als Bestandteil einer gesamtarabischen Revolution entwickeln könnte.

In letzter Zeit wurde beobachtet, daß sich zunehmend die Jugend (vor allem Studenten aus den verschiedenen religiösen Sekten, vorwiegend der christlichen maronitischen) mit dem palästinensischen Befreiungskampf solidarisiert und ihm moralische, organisatorische und materielle Unterstützung zu Teil werden läßt. Das trug mit dazu bei, daß die libanesische Jugend selbst, die sich noch vor kurzem in Religionsfehden blutig bekämpfte, in einer Organisationseinheit gruppierte, und daß die Tendenz dahingeht, daß sich die religiösen Widersprüche zugunsten einer revolutionären nationalen Einheit auflösen.

Die Existenz der revolutionären Stützpunkte auf dem südlibanesischen Boden bedeutet die perspektivische Befreiung von 180 000 Palästinensern von der CIA-orchestrierten zionistisch-libanesischen Unterdrückungsherrschaft. Zudem werden diese Stützpunkte für jeden Unterdrückten und Verfolgten Zufluchtsstätten sein, wo sie ihre soziale Zugehörigkeit, Freiheit und Menschlichkeit wiedergewinnen können.

Um den geschichtlichen Prozess in Libanon zu stoppen, machte schon am 23. April dieses Jahres der CIA seinen Einfluß dahin geltend, daß er die libanesische Regierung dazu zwang, brutal gegen die [illegible] maligen Demostrationen vorzugehen. [illegible] gebnis: 33 Tote und über Hundert Verletzte. Um sich der Verantwortung [illegible] und dem Volkszorn zu entziehen, erklärte die libanesische Regierung schnell ihren Rücktritt. In Wirklichkeit herrschten [illegible] selben Kreise weiter, die die pseudodemokratische Regierung nun nicht weiter brauchten, und die ihre Macht in ihren Polizeiapparat weiter ausbauten. Der CIA hatte darauf gehofft, durch die Erzwingung einer öffentlichen eindeutigen Stellungnahme der libanesischen Regierung, "ja" oder "nein" zur palästinensischen Revolution zu sagen, auf jeden Fall das Land in einen Bürgerkrieg stürzen, um die prekäre Situation dann weiter für die Konterrevolution ausnützen zu können. Ein NEIN zur palästinensischen Revolution erbringt [illegible] einandersetzungen mit der eigenen Bevölkerung, die sich weitgehend mit den Palästiensern solidarisiert, ein JA hätte die Interessengegensätze in der Regierungsschichten selbst und religiösen Widersprüche verstärkt hervorbrechen lassen, und Israel und die USA die Interventionsmöglichkeit ebenfalls gegeben. In beiden Fällen hätte die internationale Konterrevolution daraus ihren Nutzen gezogen.

Bei den April-Ereignissen in Libanon kam es trotz eines NEINs der Regierung nur deshalb nicht zu einem Bürgerkrieg, weil das Bewußtsein der Bevölkerung, und ihre Organisierung in einer nationalen Front schon soweit entwickelt war, daß sie diese Intention erkennen konnten.

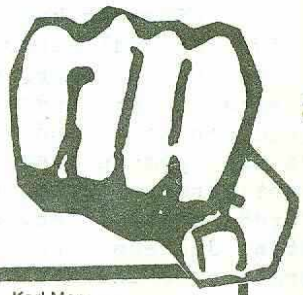
Der Katalysator dieses Bewußtseins war zweifelsohne der bewaffnete palästinensische Kampf. Die Auseinandersetzung mit dem eigenen libanesischen Klassenfeind trug dazu bei, dieses Bewußtsein weiter zu entwickeln. Die revolutionäre Situation, die durch die damalige Konfrontation entstanden ist, kann nicht eingedämmt werden,

sie kann sich nur verstärken; und zwar mit jedem weiteren Eingriff der nationalen und internationalen und internationalen Konterrevolution.

Die Regierung, nicht in der Lage, die Stützpunkte im Süden zu zerstören, ohne sich selbst in ihrer Stellung zu gefährden, wird erst recht nicht mit den Folgen eines von Israel inszenierten zweiten Karamekampfes fertig werden können, das ein verstärktes Zusammenwirken von palästinensischen und libanesischen Befreiungskräften hervorrufen wird.

Generalunion palästinensischer
Studenten (G.U.P.S.)
23.10.1969

MACHT
AUS DEM NK-VERLAG EINEN SOZIALISTISCHEN KAMPFVERLAG !!



Verlag Neue Kritik
ad.

Verlag Neue Kritik KG
6000 Frankfurt am Main 1
Wilhelm-Hauff-Strasse 5
Telefon (0611) 77 86 70

Verlag Neue Kritik

Postscheckkonto
Frankfurt am Main 150774
Dresdner Bank
Frankfurt am Main 282680

Soeben erschienen

Nicht in der Marx-Engels-Ausgabe

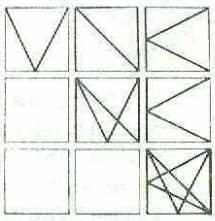
Nicht in der MEGA

Leider doch nicht von Krahl eingeleitet

KARL MARX

Aus dem Nachlass von Marx' Vorarbeiten zum „Kapital" sind bisher nur wenige Teile, im wesentlichen die in der Zeit 1861–63 entstandenen „Theorien über den Mehrwert" bekanntgeworden. Über die späteren, bis zur Veröffentlichung des ersten Bandes des „Kapital" 1867 und bis zu seinem Tode entstandenen umfangreichen Vorarbeiten gibt zwar Engels in seiner Ausgabe des zweiten Bandes des „Kapital" detaillierte Hinweise, der allergrösste Teil dieses Komplexes liegt jedoch bis heute unzugänglich im Moskauer Marx-Engels-Institut.
Der vorliegende Text gehört zu diesem Komplex. Der Band erschien 1933 im „Marx-Engels-Archiv" in Moskau in einer synchronen deutsch-russischen Ausgabe, die praktisch keine Verbreitung fand. Bisher unbestritten geblieben ist die Annahme von A. Leontjev, des seinerzeit vom Marx-Engels-Institut beauftragten Herausgebers, „dass das Manuskript nichts anderes ist, als der erhalten gebliebene Teil des ursprünglichen Konzeptes zum ersten Band des „Kapital", das von Marx zwischen 1863 und 1865 geschrieben worden war".
Der Band enthält eine Zusammenfassung der Theorien über den Mehrwert, eine Charakterisierung der Produktion und Reproduktion der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und Marxens letzte Untersuchungen über das Problem der produktiven und unproduktiven Arbeit.

Karl Marx
Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses
Das Kapital. I. Buch.
Der Produktionsprozess des Kapitals. VI. Kapitel



Archiv sozialistischer Literatur 17
144 Seiten, DM 8,00
Oktober

Dieses und auch unsere anderen Bücher sind zum Originalpreis in folgenden Buchhandlungen zu haben:

Berlin: Das politische Buch, Lietzenburger Str. 99
Hamburg: Spartakus, Schlüterstr. 86
Frankfurt: Libresso am Opernplatz 10
Erlangen: Politladen, Hindenburgstr. 17
Heidelberg: Politische Buchhandlung, Schiffgasse 3
Freiburg: Libro libre, Herrenstr. 53
Hannover: Buchhandlung Ingeborg Becker, Alte Celler Heerstr. 32
Kiel: Bücherbörse, Bergstr. 11 – 13

ZUM VERLAGSUNWESEN OBERBAUM – BERLIN

Eine Verlagsdiskussion kann nicht geführt werden, ohne den Entwicklungsstand der politischen Bewegung zu berücksichtigen. Der Verlust des verbindlichen politischen Diskussionszusammenhangs durch die Auflösung des SDS in Westberlin mußte notwendig auch auf die Situation des Verlages zurückwirken. Die seit Anfang 69 neu entwickelte Verlggskonzeption konnte deshalb den arbeitenden Gruppen gegenüber einen höheren Grad an Verbilndlichkeit entwickeln, als diese Gruppen untereinander entwickelten. Der Verlag beschränkte sich darauf, daß eine politische Redaktion, deren Mitglieder in den verschiedenen Praxisbereichen arbeiteten, mit einigen Gruppen Broschüren diskutierte und herausgab.

Inzwischen beginnt sich eine organisatorische Zentralisierung der verschiedenen Praxisbereiche abzuzeichnen, verbunden mit einer fraktionierten Schulungsdebatte. In dieser Situation hat die Verlggszelle den Nachweis von Strukturmerkmalen zu erbringen, die sie als Instrument für Propaganda qualifizieren. Das hat zur Konsequenz: Die Schaffung von organisatorischen Zusammenhängen zwischen der Redaktion und d e n zentralisierenden Instanzen, die auf ein sozialistisches Zentrum hinarbeiten, d.h. einen Übergang von der jeweiligen Kontrolle durch die mit uns zusammenarbeitenden Gruppen zur Kontrolle durch diese Instanzen (siehe Teil II).

Über diese politische Bestimmung hinaus ergibt sich die Qualität einer Verlagszelle als Instrument im Klassenkampf wesentlich aus den technischen Bedingungen ihrer Produktion und ihres Vertriebs. Auf die technische und politische Bestimmung der Verlagszelle werden wir in einigen Artikeln eingehen. Im folgenden soll einiges zur Probelematik des Vertriebs gesagt werden. Der aktuelle Anlaß sind die Erfahrungen mit dem Band "Befreiungskrieg" (Afrikagruppe im INFI), die Zwischenabrechnung der im Auftrag des SDS-BV hergestellten und vertriebenen Broschüre "Castro: Rede über CSSR-Intervention" und die Information der Genossen über die Organisationsausgaben der zwei neu erscheinenden: "DKP - eine neue sozialdemokratische Partei" und "Kommune 2 - Kollektives Leben mit politischer Arbeit verbinden".

Bei der Strukturierung des Vertriebs gehen wir von der Notwendigkeit aus, die von Kollektiven für unsere Praxis geschriebenen Bücher und Broschüren direkt an die politisch arbeitenden Genossen zu liefern und dabei die Vertriebsstrukturen des bürgerlichen Buchhandels auszuschalten. Dies ist wichtig wegen der Preisbildung (der bürgerliche Verbrauch schluckt insgesamt 6o % des Ladenpreises, und beugt der Tendenz vor, die Produktion am akkumulationsgeilen Interesse privater Buchladeninhaber zu orientieren. Hierbei sind wir uns der Problematik bewußt, daß der Gruppenvertrieb bislang nur mit denjenigen Gruppen [illegible] tioniert hat, in denen ein ökonomisch orientiertes Einzelinteresse wirksam geworden ist. Tendenziell zeichnen sich jedoch Möglichkeiten des Vertriebs auf einer höheren politischen Ebene ab, auf der Basis einer verallgemeinerten politischen Diskussion, die durch überregionale Publikationsorgane vorangetrieben wird (Roprekor, SDS-Info). Kurz- und längerfristige Kampagnen stabilisieren zusätzlich dieses Moment. Daneben wird durch die Verlagszelle selbst der direkte Kontakt mit den Gruppen in der BRD und deren regelmäßige Informierung intensiviert. Hierin sehen wir eine besonders wichtige Funktion, die die Verlagszelle beim Vorantreiben der Schulungs- und Organisationsdebatte übernehmen kann.

Dieser Bestimmung des Vertriebs entsprechend haben wir unsere Preisstruktur eingerichtet: Neben dem für den bürgerlichen Buchhandel bestimmten Ladenpreis - durch den die aus den Organisationspreisen resultierenden Defizite ausgeglichen werden - haben wir Organisationspreise festgelegt. Bei der Bestimmung der "Organisation" ist die Auflösung des SDS in die antiautoritäre Bewegung und die Herausbildung sozialistischer Organisationsansätze berücksichtigt. Die Organisationsausgaben sind preislich folgendermaßen gestaffelt:

1. Gruppen, in deren Arbeit der jeweilige Band einbezogen ist, erhalten den Band zu einem politischen, defizitär kalkulierten Preis.
2. Genossen erhalten unsere Bände zu einem Zwischenpreis, der ca. 2o % unter dem normalen Ladenpreis liegt.

Die sozialistischen Buchläden verkaufen unskere Bände ebenfalls zum Genossenpreis. Auch die Gruppenausgaben können über die linken Buchläden, die hierbei keinen Wiederverkäuferrabatt erhalten, bezogen werden.

Abrechnung für F.Castro, Rede über die CSSR-Intervention:

A. Ausgaben:

I. Auflage (vgl.Abr.v.12.12.68) DM 1 271.-

II. Auflage

Papier	165.-
Druck	349.-
Umschlag	176.-
Buchbinder	212.-
Vertrieb (MÜKO, Vertreterprovision, Mahnporto etc.	7o.-
	DM 972.-

Ausgaben insgesamt: DM 2 243.-

B. Einnahmen: (bis 1.1o.69 aus 1415 Exemplaren, darin 112 Partie- und Belegexemplare, Nettopreis bis 1.5.69 2.-, nach Klagen der Wiederverkäufer DM 1.75) DM 2 7o2.65

./. MWSt 14o.65

DM 2 562.-

C. Einnahmen abzüglich Ausgaben:

DM 2 562.-
- 2 243.-

DM 319.-

./. Überweisung 19.3. auf Cuba-Konto 15o.-

zu überweisen per 1.11. 169.-

Der Hauptanteil des Reingewinns, der für das Instituto del Libro in Havanna bestimmt ist, liegt also noch fest in den bei uns lagernden ca. 1o7o Broschüren. Wir fordern die Gruppen zum verstärkten Verkauf dieser Restauflage auf , damit die Realisierung der 18oo.- für Cuba nicht noch ein ganzes Jahr dauert.

Parallel zu unsrer Ausgabe wurde von der Außenstelle Dortmund der Uni Münster eine kweite produziert und verkauft. Noch immer besteht die Möglichkeit, ein Versäumnis nachzuholen und diesen Leuten Geld abzuknöpfen, besonders da der SDS im Besitz des von Fidel an ihn erteilten Copyrights ist.

Verlagszelle Oberbaum

(Anmerkung des BV: Wir haben längst versucht, den Dortmunder Typen Geld abzuknöpfen; das zieht sich aber in die Länge, weil sie sich auf eine Rede Fidels berufen, in der er für Kuba auf die bürgerliche Institution Copyright verzichtet).

xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx

O R G A N I S A T I O N S -
A U S G A B E N

Oberbaumverlag, 1 Berlin 21, Bundesratsufer 1 (o311) 39o 44 27

Titel	Gruppen-Ausgabe (ab 5 Ex.)	Genossen-Preis
Oktoverrevolution	2.7o	3.6o
Cliff/Barker: Revolte	2.5o	3.-
Parlamentarismus	2.7o	3.6o
Castro, CSSR-Rede		
Reingewinn für Cuba	1.75	2.-
Befreiungskrieg in Afrika (INFI)xx	4.-	5.5o

ab 15.11.:

DKP - eine neue sozialdemokratische Partei (FU-Projekt-gruppe/Rabehl),22o S.	x ca. 5.5oo	ca.6.5o
Kommune 2 - Versuch zur Revolutionierung des bürgerlichen Individuums	ca. 9.5o	ca. 11.-

x o.5o pro Band zur Unterstützung der Ruhr-Kampagne

xx 1.- pro Band an MPLA/PAIGC/FRELIMO